

in r f e des R., die wie Kriegsbesche zum Parteitag klingen, beweisen, daß trotz des Scheiterns der Zwangssozialisierung die Statistische Generallinie im großen und ganzen eingehalten wird. Die Verwirklichung des „integralen Sozialismus“ in wenigen Jahren bleibt nach wie vor das Hauptziel der Partei. Der Fünfjahresplan der Industrialisierung soll trotz der „Durchbrüche“ der letzten Zeit, trotz dem Mangel an technischen Kadern, an Finanzmitteln, an Rohstoffen und Ausrüstungen in vier, zum Teil sogar in drei Jahren durchgeführt werden. Wahrhaftig — ein Galopp tempo in die Sozialasse!

Dementsprechend sollen die Aufgaben und die Struktur der Gewerkschaften grundsätzlich geändert werden. Sie sollen nunmehr „der Produktion sich zuwenden“. In der Praxis bedeutet dies die Ablösung der Verteidigungsfunktionen der Gewerkschaften (Arbeiterchutz) durch die Anbahnungsaufgaben zwecks Steigerung der Arbeitsproduktivität. „Stoßbrigaden“ der Antreiber sollen nunmehr zu optimalen und begünstigten Organisationszellen der Gewerkschaften und der sogenannten „sozialistische Wettbewerb“ zur geeignetsten Methode der Leistungssteigerung ohne entsprechende Entlohnung der Arbeiter werden.

Im Mittelpunkt des Parteitages steht aber die Frage der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Es ist ebenso eine wirtschaftliche wie eine politische Frage. Denn der Bruch mit der Bauernschaft, die sich nicht „sozialisieren“ läßt und an ihrem in der Revolution 1917 erkämpften Grund und Boden festhält, droht zum Verhängnis für die Diktatur zu werden. Aber gerade in dieser brennenden Schicksalsfrage ist keine grundsätzliche Wendung vom Parteitag zu erwarten. Zwar ist die wilde verwegene Jagd Stalins nach der sofortigen Kollektivierung der gesamten 27 Millionen Bauernwirtschaften kläglich mißlungen. Zwar ist Stalin genötigt worden, vor der drohenden Wirtschaftskatastrophe, vor der Auslieferung der Bauernschaft wie vor der Öffnung in der roten Armee einen Rückzug anzutreten. Trotzdem sollen, wie aus den „Thesen“ des Volkskommissars für Landwirtschaft Jakowlew zu ersehen ist, nur die plumpsten Methoden der Zwangssozialisierung modifiziert und das „Sozialisierungstempo“ etwas verlangsamt werden.

Es ist kaum zu erwarten, daß die dumpfe Götterschlacht, die sich hinter den Mauern des Kremi am Vorabend des Parteitages abspielt, die Einstellung der Parteimehrheit in der Agrarfrage ändern wird. Provisorische Erleichterungen für die Vernichtung geweihten Einzelbauern, Verlangsamung des Kollektivierungstempes, Milderung der Zwangsmethoden, oder kein Verzicht auf das agrarkommunistische Experiment, kein Verzicht auf das für die Volksmassen unerträgliche Galopp tempo der Industrialisierung.

Hiermit ist aber das Fazit des kommenden Parteitages der KPSB im voraus gezogen. Im besten Falle — ein faules Kompromiß nach rechts bei Beibehaltung der Generallinie. Keine politische Konsequenzen oder Konzessionen — die Parteidiktatur bleibt nach wie vor „unerschütterlich und unantastbar“. Der hinter den Kulissen tobende Klientenkampf um die Macht kann höchstens zu einem Personen-, aber zu keinem Systemwechsel führen.

So bleibt die Krise der Sowjetmacht, die gleichzeitig eine Krise der utopistischen Wirtschaftspolitik und der terroristischen Diktatur ist, im vollen Umfange bestehen. Der Kongreß der Diktaturpartei — dieses neuen herrschenden Standes — kann zwar alles, nur nicht diese Krise lösen. Nicht nur aus Feigheit vor der Notwendigkeit, sondern aus dem Instinkt der Selbsterhaltung und aus dem Willen zur Allseinherrschaft. Eben darum liegt die Lösung außerhalb der Diktaturpartei — in den Händen der arbeitenden Klassen und vor allem des Proletariats, das immer mehr objektiv gezwungen wird, das Bündnis mit der Bauernschaft auf der Grundlage der Demokratie und des ökonomischen Realismus herzustellen, um den drohenden Sieg der Gegenrevolution im letzten Augenblick zu vereiteln.

Finanzvorlagen beim Reichsrat.

Vollziehung frühestens am Ende der Woche.

Der Reichsrat hält frühestens am Sonnabend dieser Woche eine Vollziehung ab. Es soll versucht werden, bis zu diesem Zeitpunkt die neuen Finanzvorlagen fertigzustellen. Damit sie am Sonnabend verabschiedet werden können.

Der Reichsrat hat bei diesen Beratungen auf sämtliche geschäftsordnungsmäßige Fristen verzichtet. Die Ausschüsse nehmen bereits am Mittwoch ihre Verhandlungen auf. Die erste Beratung im Reichsrat wird unter diesen Umständen frühestens in der zweiten Hälfte der nächsten Woche stattfinden. Dementsprechend hat auch der Vorkommerrat in seiner Diensttagssitzung die Sitzungstage bis Mitte nächster Woche bereits mit den Haushaltsberatungen besetzt.

Die Wirtschaftspartei macht Politik.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei hat einen Brief an den Reichsanwalt gerichtet, worin er namens seiner Fraktion eine allgemeine Senkung der Ausgaben um 5 Proz. verlangt und von der Aufnahme dieser Anregung bei der Regierung und den Regierungsparteien die Haftung der Wirtschaftspartei abhängig macht. Der Brief erklärt ferner, daß die Wirtschaftspartei in die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung nur bei gleichzeitiger Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung willigen könne; er bekämpft das Kopier, soweit es die Angestellten betrifft, und fordert Herabsetzung der Beamtengehälter und die Einführung einer Arbeitsdienstplicht.

Größenwahnsinn.

Die Geister, die Stegerwald rief.

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und der Unternehmer werden nach einer Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ von der Fraktion der Deutschen Volkspartei als gescheitert betrachtet. In der Fraktion werde daher der Schwanz erzwungen, das Joch der Lohn- und Preislenkung auf dem Wege der Gesetzgebung zu ertragen. Dies müsse durch eine vorzeitige Kündigung der Tarifverträge geschehen.

Diese Ankündigung ist so dünn, daß man mit den Unternehmern, die sich so bekümmert lassen, beinahe Mitleid haben könnte. Wie denkt sich die Volkspartei die „vorzeitige Kündigung der Tarifverträge“? Und wie denkt sich die Volkspartei die Aufhebung des Tarifvertragswesens durch die Gesetzgebung?

Wah man in der Volkspartei nicht, daß Tarifverträge auch ohne Zerstoß bestanden haben und weiter bestehen würden? Man sieht wohl, daß den Unternehmern der Appetit beim Essen von Lohnhaufen kommt.

Die Deckungsvorlagen.

Reichshilfe — Ledigensteuer — Tabaksteuer.

Die Deckungsvorlagen der Reichsregierung zur Ausgleichung des Fehlbetrages von 750 Millionen sind jetzt dem Reichsrat zugegangen. Danach handelt es sich zunächst um drei Gesetzentwürfe: 1. Reichshilfe der Festbesoldeten, 2. Ledigensteuer im Rechnungsjahr 1931 und 3. Änderung des Tabaksteuergesetzes.

I. Die Reichshilfe der Festbesoldeten.

Der Reichshilfe sollen unterliegen:

1. Die Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverwaltungen), der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Reichsbahn und die Soldaten.
2. Die Beamten und Angestellten der Unternehmungen, die überwiegend in öffentlicher Hand sind.
3. Die Pensionäre, Wartelandsbeamten und Empfänger von Hinterbliebenenbezügen der zu 1 und 2 bezeichneten Körperschaften.
4. Die Angestellten der Privatwirtschaft, soweit ihr Einkommen 8400 Mark jährlich übersteigt.
5. Die Aufsichtsratsmitglieder mit ihren Tantiemen und Gratifikationen.

Die Reichshilfe beträgt allgemein 4 Proz. des Einkommens. Bei den Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften mit Einkommen unter 8400 Mark dagegen nur 2 Proz., weil diese bereits der Arbeitslosenversicherung unterliegen. Von der Reichshilfe sind befreit alle Beamten und Angestellten, die keine Lohnsteuer zahlen. Frei ist also z. B. ein Beamter mit fünf Kindern bis zu einem Jahreseinkommen bis 3840 Mark. Dagegen werden die Freibeträge, anders als bei der Lohnsteuer, auf höhere Einkommen nicht angerechnet. Bezieht also derselbe Beamte z. B. ein Einkommen von 3850 Mark, so hat er 150 Mark jährlich zu zahlen. Angestellte werden erst steuerpflichtig, nachdem sie ein Jahr in ungeschützter Stellung gewesen sind. Alle Pflichten haben einen Anspruch auf Erstattung, wenn sie ihre Stellung ohne Anrecht auf Versorgung verlieren und innerhalb von drei Monaten keine neue Anstellung finden können.

II. Das Ledigenotopfer.

Zum Ausgleich für die vermehrte Belastung, vor allem der kinderreichen Familien, durch die Erhöhung der Zölle und Verbrauchssteuern schlägt die Regierung vor, daß alle männlichen

und weiblichen Personen, die nicht verheiratet sind, einen zehnprozentigen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer entrichten.

Die Entrichtung der Reichshilfe und des Ledigenotopfers soll bei den Lohnsteuerpflichtigen zusammen mit dem Steuerabzug erfolgen, während die Einkommensteuerpflichtigen zwei Zahlungen, am 10. Oktober 1930 und am 10. Januar 1931, zu leisten haben. Die Erträge beider Abgaben sollen ausschließlich dem Reich zufließen. Bei der Reichshilfe soll die Regierung ermächtigt werden, die Abgabe nach dem 1. April 1931 zu mildern oder aufzuheben. Die Ledigensteuer soll mit dem 1. April 1931 außer Kraft treten.

III. Die Änderung der Tabaksteuer.

Die Regierung hält eine allgemeine Erhöhung der Tabaksteuer nicht für vertretbar, weil sonst ein Rückgang des Verbrauchs befürchtet werden müßte, der möglicherweise zu einem Rückgang der Steuererlöse führen könnte. Statt dessen wird eine Verteilung der Zahlungsfristen bei der Zigarettensteuer um einen Monat vorgeschlagen. Eine Mehrbelastung des Verbrauchs soll dadurch nicht eintreten. Zum Ausgleich soll der Industrie eine Verlängerung der Kontingentierung, die am 31. März 1931 ablaufen würde, um ein Jahr zugestanden werden.

Der Ertrag.

Der Ertrag der einzelnen Maßnahmen wird von der Regierung folgendermaßen berechnet:

1. Die Reichshilfe von den Beamtengehältern und Pensionen bringt	326 Mill. RM.
2. Die Reichshilfe der Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften bringt	24 „ „
3. Die Reichshilfe der höheren Angestellten in der Privatwirtschaft bringt	50 „ „
4. Die Reichshilfe der Aufsichtsratsmitglieder bringt	4 „ „
zusammen 406 Mill. RM.	

Da die Reichshilfe aber nur für neun Monate erhoben werden soll, kommt für das Rechnungsjahr 1930 nur ein Ertrag von rund 300 Millionen in Betracht. Dazu kommen 40 Millionen aus dem Ledigenotopfer und 46 Millionen aus der Verteilung der Zahlungsfristen bei der Zigarettensteuer.

Die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung wird auf 194 Millionen, die Ersparung durch Reformen in der Arbeitslosenversicherung auf 115 Millionen geschätzt.

Lloyd Georges Vorschlag wird geprüft.

Schwarzer Montag und britische Arbeitslosigkeit.

London, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus ist nach einer zehntägigen Pause wieder zusammengetreten. Es beginnt seine Arbeit mit einer Debatte über die Arbeitslosigkeit, die das gesamte politische Leben Englands jetzt und für die kommenden Wochen überschatten wird. Alle Parteien sind bestürzt über die unaufhaltsam ansteigenden Erwerbslosenziffern.

Der New Yorker Börsenkrach war ein ungünstiges Vorzeichen für die Parlamentsöffnung. Die Montagsergebnisse aus der New Yorker Börse haben sich auf dem Londoner Markt bereits sehr schädlich ausgewirkt. Kein Wunder, wenn Bestrebungen im Gange sind, eine gemeinsame Aktion einzuleiten, da alle Parteien einsehen, daß die Arbeitslosigkeit ein Uebel darstellt, das nicht mit Schlagworten oder Sätzen geheilt werden kann. Dieser Auffassung war auch die unter dem Vorsitz von Macdonald abgehaltene

große Konferenz der Regierung und der lokalen Behörden.

Macdonald setzte hier noch einmal den Ernst der Lage auseinander. Von den versammelten Vertretern der Kommunen erhielt Macdonald die Versicherung treuer Mitarbeit.

Mittlerweile war das Parlament zusammengetreten. Hier bildete das Angebot Lloyd Georges zur Mitarbeit die viel besprochene Sensation. Aus den Äußerungen der liberalen Abgeordneten ist ersichtlich, daß Lloyd George die Zustimmung

seiner Parteigenossen hatte, als er dem „Daily Herald“ seine Erklärung gab. Trotz aller Skepsis, die Lloyd George und seine Politik im Lager der Regierung und der Labour Party begegnen, hat der liberale Führer bisher noch keine Abfolge erhalten. Das bedeutet zwar auch noch keine indirekte Zusage, es beleuchtet jedoch die wirtschaftliche und parlamentarische Lage Englands.

Äußerungen von Regierungsmitgliedern lassen erkennen, daß der Vorschlag Lloyd Georges in der Regierung ernsthaft erwogen und nicht wie bei früheren Verhandlungen mit einer Handbewegung abgetan

wird. Andere Regierungsmitglieder sind der Ansicht, Lloyd George müsse endlich einmal seine Pläne vorlegen, über die er bisher nur vage Andeutungen gemacht habe. Der linke Flügel der Arbeiterpartei vertritt die Auffassung, daß es in der Arbeitslosenfrage nur zwei Wege für die Regierung gebe: Entweder solle Macdonald erklären, das kapitalistische System lasse keine Lösung der Arbeitslosenfrage zu; dann müsse der Ministerpräsident auch entsprechend handeln und der Arbeiterpartei die Möglichkeit geben, bei den kommenden Wahlen eine sozialistische Mehrheit zu erlangen, um das Mandat für die Lösung der Arbeitslosenfrage zu erhalten. Der zweite Weg sei, den Versuch zu unternehmen, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Arbeitslosenfrage zu lösen, und in diesem Falle sei das Angebot von Lloyd George nur zu begrüßen.

Die Amnestie für die Fememörder.

Die Kommunisten als Hilfstruppe des Bürgerblocks.

Die Regierung Brüning ist in Schwierigkeiten auf allen Wegen. Auch das Amnestiegesetz, das den Fememördern Freiheit und Schutz vor Verfolgung bringen soll, hat keine Aussicht, die für die Verabschiedung dieses Gesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit zu finden. Denn die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die Fememörder, die bereits durch die letzte Amnestie weitgehende Herabsetzung ihrer Strafen erlangt haben, abermals zu helfen, zumal arme Teufel, die infolge ihrer schlichten sozialen Lage gestrauchelt sind, weiter in den Strafanstalten schmachten sollen. Und so finden denn zur Zeit — kann glaublich aber wahr — zwischen der Regierung des Bürgerblocks und den Regierungsparteien einerseits und den Kommunisten andererseits Verhandlungen statt mit dem Ziel, die Kommunisten als Hilfstruppe des Bürgerblocks zu gewinnen. Die Kommunisten zielen sich noch etwas. Aber, wenn die kommunistischen Abgeordneten erreicht haben werden, daß sie selbst vor Verfolgung geschützt werden, dann werden sie spielen auf die Arbeiter in den Gefängnissen und Justizhäusern, die durch dieselben Abgeordneten in die Strafanstalten gebracht worden sind. Dann werden sie diese Opfer ihrer eigenen verbrecherischen Politik einfach sitzen lassen, die Fememörder befreien und — sich selbst!

Rassen-Günther wird Professor.

Herr Fried hat die Anstellung vollzogen.

Wie Rechtsanwalt Dr. Blüth, Eisenach, gestern auf einer Kundgebung des Zentralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im ehemaligen Herrenhaus mitteilte, ist die Anstellung

Dr. Günther als Professor für Rassenkunde an der Universität Jena erfolgt. Das Volksbildungsministerium des Herrn Dr. Fried hat in Verhandlungen mit den Vertretern der Dozentenchaft eine Einigung hierüber erzielt.

„Ich weiß von nichts.“

Nationalsozialistischer Kehrreim in Schweidnitz.

Schweidnitz, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Im Schweidnitzer Prozeß wurden am Dienstag hauptsächlich Nationalsozialisten vernommen. Interessant gestaltete sich die Vernehmung des Nationalsozialisten Stelzer aus Freiburg, der damals Führer der NSL in Freiburg war. In seinem Besitz fand die Kriminalpolizei zwei Zettel mit Namen von Nationalsozialisten. Auf einem der Zettel stand der einzige Name „in Schweidnitz gewesen“, hinter drei Namen stand „aufschuldig“.

Es ist kennzeichnend für die Wertung der Zeugenaussagen von Nationalsozialisten, daß Stelzer behauptet, nicht zu wissen, wer den Zettel geschrieben habe und warum er geschrieben worden sei. Er will auch nicht wissen, ob ihm der Zettel vor oder nach der Reichsbannerverammlung gegeben worden ist. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß gegen ihn bereits ein Meineidsverfahren wegen seiner Aussagen in erster Instanz schwebt und bemerkt zugleich, er habe im Laufe der bisherigen Verhandlungen sehr oft den Eindruck gewonnen, daß es sich einige Zeugen (Nationalsozialisten) mit ihrer Zeugenaussage sehr leicht machten, indem sie immer wieder bemerkten: „Ich weiß von nichts.“

Der Ortsgruppenführer von Freiburg gibt im weiteren Verlauf der Verhandlung zu, den gefundenen Zettel geschrieben und ihn Stelzer ausgehändigt zu haben. Der Zeuge behauptet, es handle sich um eine Anwesenheitsliste von einer NSL-Verammlung. Die Vernehmung der übrigen Zeugen ergibt nichts wesentlich Neues.

Professurabgebung des Reichsbanners. Neue Zusammenstöße in Mannheim.

Mannheim, 17. Juni.

Bestern abend veranstaltete das Reichsbanner eine Professurabgebung gegen die Ausschreitungen der Nationalsozialisten. Beim Umzug des Reichsbanners kam es auf dem Friedhofspfad zu Zwischenfällen, wobei ein Nationalsozialist durch einen Schlag in den Rücken und ein weiterer Nationalsozialist durch einen Faustschlag am rechten Auge verletzt wurden.

Im Laufe des Abends war die Polizei mehrmals gezwungen, gegen Störer der öffentlichen Ordnung, teilweise unter Anwendung des Gummiknüppels, vorzugehen, um Straßen zu säubern. Dabei wurden elf Personen festgenommen.

Mit Eisenstangen und Schlagringen . . .

Karlsruhe, 17. Juni.

In der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr wurden Nationalsozialisten in der Durlacher Wee von Kommunisten, die in großer Zahl auftraten, plötzlich überfallen. Bei dem Handgemenge wurde von Schlagringen, Gummiknüppeln und Eisenstangen Gebrauch gemacht.

Ein starkes Polizeiaufgebot griff ein und konnte mehrere Angreifer festnehmen. Einer der Nationalsozialisten wurde durch einen Hieb mit einem Schlagring im Gesicht erheblich verletzt. Mehrere andere erlitten leichtere Verletzungen. Bis 1.30 Uhr früh patrouillierten starke Polizeikreuzer auf Kraftwagen durch die Altstadt.

In Bayern ausgespielt.

Neues Versammlungsverbot für Nazis.

München, den 17. Juni.

Die Münchener Polizeidirektion hat abermals eine nationalsozialistische Versammlung verboten. Am nächsten Freitag sollte im Fiskus-Krone-Staatsminister Dr. Fric über das Thema sprechen: Wer sind die Ruhestörer in Bayern? Die Versammlung wurde von der Polizei als eine Erziehungsanstaltung für die am 11. Juni verbotene Versammlung angesehen.

Das Problem des Tages in Frankreich.

Rüstungswahnsinn oder Wirtschaftsaufschwung?

Paris, 17. Juni. (Eigenbericht.)

In immer schärferer Form sehen sich die französische Regierung und die französische Öffentlichkeit vor das Dilemma

„Hebung der nationalen Wirtschaft oder Verklärung der Heeresrüstungen“

gestellt. Das erstemal kamen diese beiden widersprechenden Tendenzen, die eigentlich den besten Prüfstein für die in der französischen Innenpolitik reichlich vorhandenen Begriffe „Rechts“ und „Links“ darstellen, in voller Schärfe zum Ausdruck, als der Berichterstatter der Finanzkommission feststellte, daß fast die Hälfte der Reserven des französischen Schatzamtes, die zur Stützung der Wirtschaft vorgesehen waren, für andere, sorgsam geheimgehaltene Ziele verausgabt worden sind. Am Dienstag ist dieser Kampf, dessen Parolen „Die nationale Verteidigung“ — „Die Arbeit und Produktion“ lauten, und der in engerem Rahmen die großen Schicksalsfragen spiegelt, in die Regierung selbst verlegt worden. Seit Tagen schon wurden vereinigte Stimmen der Rechten und auch aus dem Lager der sogenannten Linken laut, daß das bis zum Ueberdruß erörterte und als Reklame für das Kabinett Lardieu ausgebeutete Milliardenprojekt der Regierung solange nicht ausgeführt werden sollte, als den Forderungen der nationalen Sicherheit nicht voll genügt worden sei. Insbesondere der Wg. Mondel und der frühere Arbeitsminister und Kognakfabrikant Hennessy verlor diesen Standpunkt mit großer Schärfe, wobei allerdings die Frage offen bleibt, wann eigentlich nach Ansicht dieser Herren den Forderungen nach der „nationalen Sicherheit“ Genüge getan sein werde, nachdem Frankreich heute bereits

ein Viertel seines Gesamtbudgets,

von den in die Milliarden gehenden okkulten Zuwendungen ganz zu schweigen, für Kriegsrüstungen ausgibt.

Für den aktuellen Charakter dieses ganzen Zwiepsalts ist es bezeichnend, daß Lardieu am Dienstag vormittag ganz unerwartet den Außenminister, den Finanz- und Budgetminister, sowie den Minister für nationale Verteidigung zu sich berief, um die Lage zu beraten. Biletsch wird man in der Tat in Kürze einen definitiven Anhaltspunkt darüber hören, welchen Weg Frankreich in den nächsten Jahren zu gehen gewillt ist: den, der die produktiven Kräfte der Nation erschöpfenden Punkt der Rüstungen, die sich hinter der Phrase der „nationalen Sicherheit“ verbirgt —, oder den der allfälligen Hebung und Förderung der Wirtschaft, der Schaffung neuer und dauerhafter Werte. Solange allerdings das Regime der Lardieu, Kennaud und Maginot jeden Fortschritt mit seiner amerikanischen maskierten reaktionären Demagogie lähmt, ist auf eine Entschleunigung im Sinne des wirtschaftspolitischen und sozialen Fortschritts wohl kaum zu hoffen.

Dreifache Hinrichtung in Jerusalem.

Unter dem Schutze von Militär.

Jerusalem, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Die drei arabischen Mörder, die von der Amnestie ausgeschlossen waren, sind morgens in der alten Zitadelle von Akkon hingerichtet worden. Die Stadt war während der Hinrichtung durch englische Truppen völlig von der Außenwelt abgesperrt worden. Der 23jährige Regierungsbeamte Fuad Hejazi, der seinen Lehrer in Safed ermordet hat, wurde zuerst gerichtet. Es folgte die Hinrichtung eines Hausbesizers und eines Kostträgers aus Hebron.

Die Nachricht von der Hinrichtung wurde der Bevölkerung in den großen Städten wenige Minuten nach der Exekution durch Blodenzettel bekanntgegeben. Später erschienen schwarz umrandete Extrablätter der arabischen Zeitungen mit einer Schilderung der Urteilsvollstreckung. Sofort wurden in den Kirchen und Moscheen große Trauerfeiern abgehalten. Die Hingerichteten wurden als „Opfer der nationalen Sache“ erklärt. Jegliche Störungen der Ordnung waren bis zum Abend nicht zu verzeichnen. Überall half die Regierung starke Militär- und Gendarmereiaufgebote, Gewalttaten im Keim zu ersticken.

Die Hinrichtung wird hier allgemein als psychologische Maßnahme der Regierung betrachtet. Die Gegensätze zwischen Arabern und Juden dürften von neuem aufflackern und statt einer Annäherung sind neue Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksteilen zu vermuten.

Mit dir allein . . .

Moldenhauer



oder vielmehr: ganz allein auf einer einsamen Insel.

Zweiter Kampftag in Lübeck.

Die Tagung der Konsumvereine.

Lübeck, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Der Lübecker Genossenschaftstag nahm am Dienstag den Bericht des Vorstandes entgegen. Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine sprach Volkrath Kiepsig:

Die Konsumgenossenschaften bekämpfen das Borgsystem,

welk es den Verbrauchern den Lebensunterhalt verteuert und ihnen die wirtschaftliche Unabhängigkeit nimmt. Die Aufgaben der deutschen Konsumvereine wachsen von Jahr zu Jahr. Sie werden größer und vielseitiger, aber auch schwerer. Die ältere Generation der Konsumgenossenschaftlichen Führer wird in einem Jahrzehnt zum größten Teil von ihrem Arbeitsplatz abgetreten sein. Steht den Konsumgenossenschaften bis dahin nicht ein genügend geschulter, erfahrener und gereifter Nachwuchs für die leitenden Stellen zur Verfügung, so wird die Konsumgenossenschaftsbewegung Schaden erleiden und in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Daher wird die Förderung des Führernachwuchses immer mehr zur dringendsten Forderung des Tages.

Im Abwehrkampf der Konsumvereine wird die Frau die stärkste Bundesgenossin sein. Die Frauen müssen es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, überall dafür einzutreten, daß die Bedarfsdeckung der Konsumgenossenschaftsmitglieder ohne Ausnahme in den Verteilungstellen der Konsumvereine erfolgt. Die Konsumgenossenschaften haben sich stets verpflichtet gefühlt, dafür zu sorgen, daß sich die an den Warenmärkten eingetretenen Preisrückgänge in den Verbraucherkreisen auswirken.

Bätslein referierte über wirtschaftliche Angelegenheiten und über die Arbeit im freien Ausschuß: „Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat auch im Berichtsjahr 1929 in weitaus gehender Weise

im freien Ausschuß der deutschen Genossenschaftsverbände,

dem die vier großen Spitzenorganisationen der deutschen Genossenschaftsbewegung angehören, mitgearbeitet. Die Interessen der verschiedenen Spitzenverbände, seien es die der Landwirtschaft, des Handels oder die der Konsumgenossenschaften, gehen weit auseinander. Im freien Ausschuß haben es jedoch die Vertreter der verschiedenen Verbände verstanden, für die Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens und der Genossenschaften eine gemeinsame Arbeit zu leisten. Entgegen der Einsicht im Parlamenten stehen aber bei Verhandlungen in den Parlamenten die Interessen der verschiedenen Genossenschaftsarten und Verbände scharf gegeneinander.

Die Rohlenwirtschaft und die hauptsächlich in den ersten drei Monaten des Berichtsjahres erfolgte geringe Jubelung der Syndikate an die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bot Anlaß zu wiederholten Beschwerden. Es besteht Aussicht, daß eine Einigung zustande kommt, durch die die vorhandenen Mängel endgültig abgesehrt werden und die Rohlenversorgung der Verbraucher durch die Genossenschaften garantiert wird.

Die Mitarbeit im Reichsausschuß für Lieferungsbedingungen, in der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, in der Getreidehandelsgesellschaft und in sonstigen wirtschaftlichen Organisationen bot im Jahre 1929 Gelegenheit, den Standpunkt des Zentralverbandes zur Kenntnis und Geltung zu bringen.

Die seit Jahren von der Reichsregierung

versprochene geschliche Regelung des Kartellwckens

ist nach wie vor ein Gebot der Stunde. Leider muß festgestellt werden, daß bis jetzt nicht mehr geschehen ist und daß das verlangte Kartellgesetz immer noch fehlt. Gegen die Entscheidung des Kartellgerichts, monach die Verhängung einer Sperre oder eines Nachteils im Sinne des § 9 der Kartellverordnung nicht vorliegen kann, wenn eine Kartellorganisation den Genossenschaften höhere Preise als dem übrigen Handel abnimmt, muß vom Zentralverband energisch Protest gemacht werden. Wenn man heute die mißliche Wirtschaftslage Deutschlands betrachtet und es dann zuläßt, daß anerkannte Händler einen Rabatt von 32 Mark auf die Grundpreise erhalten, während den Genossenschaften nur 12 Mark zugewandt werden und darin keine Sperre oder Nachteil von ähnlicher Bedeutung erblickt werden kann, so muß man schon sagen, daß diese Art von Entscheidung eine Unterdrückung der Genossenschaften bedeutet.

Der Kampf mit dem Markenartikelverband ist nur noch Teilarbeit bei den Konsumvereinen, weil die dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften die Markenartikel ausgeschaltet und die Eigenart der Großverkaufsgesellschaft eingeführt haben, so daß sie in dieser Beziehung der unabhängige Wirtschaftsoberbau Deutschlands sind. Das Zündholzmonopolgesetz gab Veranlassung zu wilden Hehen gegen die Konsumvereine, die ihre Selbständigkeit erkaufen mußten. Die Großver-

kaufgesellschaft hat niemals einen Antrag auf Einführung des Monopols gestellt.

Den guten Eindruck der Referate suchten die Kommunisten in der Aussprache zu stören. Kiepsig bedeutete ihnen aber, daß auf einem Genossenschaftstag kein Raum für kommunistische Phrasendrescherei sei. Die kommunistischen Diskussionsredner sahen auch bald ein, daß sie der Kongreß glatt abfallen ließ. Die Rolle der kommunistischen Opposition auf dem Genossenschaftstag ist wohl bedeutungslos geworden.

Der Kongreß nahm im weiteren Verlauf seiner Beratungen die Entschlieungen gegen das Steuerrecht an. Donnereferierte

Bätslein über Job- und Steuerfragen.

Die neue Belastung, die vorzugsweise die breiten Schichten der Konsumenten trifft, soll 754 Millionen Mark pro Jahr einbringen. Dazu kommt noch eine halbe Milliarde erhöhter Zölle und Preiserhöhungen durch Zölle, so daß die neue Steuerbelastung 1 1/2 Milliarde ausmacht. Die neuen Zölle für Lebensmittel sind eine einseitige Belastung, die die zum Teil erwerbslosen Verbraucher nicht tragen können. Der Erwerbsschicht wird weiter Vorstoß geleistet, weil der Zollsatz zu hoch und die ausländischen Abnehmer verärgert werden. Die untragbaren hohen Zölle können keine Gesundung der Landwirtschaft bringen, dazu ist die eigene Tätigkeit durch Ausbau der Nationalökonomie und durch heilbringende Umstellungen notwendig. Die Landwirtschaft muß sich um die Produktionsbedingungen konformierender Länder und weiter um den veränderten Verbrauch im eigenen Lande kümmern und nur solche Waren erzeugen, für die Absatz vorhanden ist.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 Proz. auf 0,85 Proz. ist ein besonderes Produkt der neuen Regierung. Aber das bedeutet alles nichts gegen die furchtbare Schandsteuer, 1/2 Proz. Umsatzsteuer von allen Betrieben mit einer Million Reichsmark und mehr Umsatz im Einzelverkauf zu erheben. Den in den Konsumvereinen organisierten Konsumenten werden die geringen Beiträge, die sie als Rabatte zurückerhalten sollen, abgenommen. Das ist eine Konfiskation von Ersparnissen der Vermittler! Die Gutstücker zahlen zu diesen Kosten keinen Pfennig, aber der armen Witwe, die vom Konsumverein vielleicht 50 M. Rabatt bekommt, nimmt man 10 Proz., das sind 5 M., im voraus davon ab. Seit Bestehen des Reiches ist eine solche Ausnahmesteuer noch niemals vorhanden gewesen. Bei gutem Willen hätte der Reichstag sofort die Aufhebung beschließen können. Das ist aber nicht geschehen, sondern die Anträge sind dem Steuerauschuß überwiesen worden. Biletsch werden sie dort einmal im Herbst durchberaten. Den Parteien wird es Angst vor ihrer eigenen Courage. „Die Schandsteuer mühte auch im Gutmütigsten den Willen wachrufen: Schluß mit dieser Mißwirtschaft. Der Verbraucher kann seine Bedarfsdeckung selbst regeln, in der Organisation, im Konsumverein.“

Den Schluß der Dienstag-Sitzung bildete der Bericht Kiepsigs über

internationale genossenschaftliche Angelegenheiten:

Bewährt hätten sich die Internationalen Pressekonferenzen und der Ausbau der Berichterstattung des Sekretariats. Die Internationale Sommerkurse beginne sich zu einem wertvollen Mittel des Gedankens- und Erfahrungsaustausches zu entwickeln. Um den Genossenschaftlern den Besuch dieser Kurse zu ermöglichen, stelle die Heinrich-Kaufmann-Stiftung jetzt zum ersten Male Mittel zur Verfügung.

Krach in einer Naziverammlung

Mehrere Verletzte. — Sieben Krakeeler festgenommen.

Zu einer schweren Schlägerei kam es gestern gegen 21 Uhr zum Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung in der Schornweberstraße 14 zu Reinickendorf-West. In das Versammlungstotal hatten sich zahlreiche Kommunisten Zutritt verschafft, und als in der Diskussion ein Kommunist reden wollte, wurde er von den Nationalsozialisten daran gehindert.

Am Augenblick entstand ein allgemeiner Tumult, der in eine große Schlägerei ausartete. Die Einrichtung des Saales wurde dabei zum größten Teil zertrümmert, und mit Stuhlbeinen, Biergläsern und ähnlichen Schlaginstrumenten ließen die Gegner aufeinander ein.

Als die Polizei eintraf und dem blutigen Handgemenge ein Ende bereite, hatten bereits mehrere Personen erhebliche Kopfverletzungen davongetragen. Die Versammlung wurde von der Polizei gestoppt, und sieben Krakeeler wurden festgenommen.

Berlins jüngstes Strandbad.

Hoch im Nordosten Berlins in Hohenschönhausen liegt der Drankesee, dessen Strandanlagen erst kürzlich fertiggestellt wurden; der Erfolg kam auch auf der Stelle: an den beiden Pfingstfeiertagen zählte man 10.000 Besucher. Sicherlich hat der Drankesee noch nie soviel Menschen an seinen schön geschwungenen Ufern gesehen. Kaum, daß man von seiner Erstgung wußte. Heute fährt der Autobus 40 direkt zum Strandbad und der Autobus 14 und die Straßenbahnlinien 66, 66 E und 171 führen bis in die Nähe. Man muß dann nur noch den ländlichen Drankesweg herunterpflügen und genießt bald einen schönen Blick auf den idyllischen See, der bis heute der Großstadtumflammerung entronnen ist. Laubengelände auf der einen Seite, wunderschöne, alte Bäume auf der Strandbadseite. Friedlich legen Schwäne auf dem Wasser. In der Mitte des Sees schwimmt der Unterbau für eine Wasserbühne. Hier, auf dem vorgelagerten Schiffsdeck finden von 5 bis 10 Uhr Varietévorstellungen statt, alle Stunden wechselt die „Attraktion“. Am Sonntag gibt es sogar Flugvorführungen. Von dem Terrassen und vom Strandbad aus kann das Publikum bequem dem Schauspiel folgen. Natürlich fehlt auch nicht die obligate Kaffeetische, die man den Badegästen direkt vor die Nase gesetzt hat. Kleiderablagen für 3000 Personen, Brausebäder, Springbrunnen, Autoparkplatz



geben diesem bisherigen Stiefkind unter den Berliner Seen einen Zug ins Moderne. Wenige Schritte vom Drankesee, der für den Nordosten und für Pantow eine Haupterholungsstätte ausübt, liegt der „Haus See“, der zum Naturschutzgebiet erklärt wurde. In seinem Uferstreifen stehen Wasserlöcher aller Art, schöner alter Baumbestand und seltene Pflanzen geben diesem See, in dem allerdings das Baden verboten ist, einen Hauch von Unberührtheit.

Schluß mit dem Nazi-Terror.

Wichtiger Massenaufmarsch von Partei und Reichsbanner

Am Görlicher Viertel haben die Nationalsozialisten in den letzten Wochen einen unergieblichen Terror entfaltet. Sie haben sozialdemokratischen Parteimitglieder und Reichsbannerkämpfer abends aufgelauert und sind mit Waffen über sie hergefallen. Der Kreisverein Kreuzberg der Sozialdemokratischen Partei hatte zu Dienstagabend zu einer Massenkundgebung aufgerufen, um einmal deutlich zu zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung im Görlicher Viertel gegen die Nationalsozialisten eingestellt ist und deren Terror aufs schärfste verurteilt. Um 19 Uhr trafen die Reichsbannerformationen, die Jugendabteilungen und die Parteibeiräte auf dem Lausiger Platz zusammen. In die Spitze des Zuges setzte sich das Reichsbanner mit seiner Kapelle, dann folgten der Zug der Jugend und die Parteibeamteten. In einmündigem Unmuth wurde durch die Straßen des Görlicher Viertels marschiert. Auf großen weißen Transparenten mit weithin lauschender Schrift waren Parolen gegen die Nationalsozialisten aufgeschrieben. Den Nationalsozialisten wurde bedehnt, daß sie die Mittel für ihre Aufmärsche von der Industrie erhalten und daß ihre einzigen Waffen im Kampf gegen Andersdenkende Messer und Revolver sind. Vom Lausiger Platz aus marschierte der Zug zunächst durch die Wiener Straße, in der das Heim der Nationalsozialisten liegt, von dem sie aus ihre unzähligen Ueberfälle vorgenommen haben. In der Wiener Straße und nachher auch in der Reichsberger Straße standen überall zu beiden Seiten des Fahrdammes Hunderte, die den Aufmarsch gegen die Faschisten begrüßten. In der Stalitzer Straße wurde der Zug aufgelöst, nachdem Reichstagsabgeordneter Karl Litzke mit wenigen kräftigen Worten die Bevölkerung aufgerufen hatte, den Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten zu unterstützen.

Loeskes Testament echt!

Die klagenden Verwandten abgewiesen.

In dem Kassen erregenden Loeske-Prozess verurteilte am Dienstag mittag Landgerichtsdirektor Fleiß folgenden Urteil: „Die Klage wird abgewiesen und die Kosten dem Kläger auferlegt. Das Urteil ist in Höhe von 4000 Mark vorläufig sofort vollstreckbar.“

Landgerichtsdirektor Fleiß führte folgende Gründe an: „Die Hauptfrage in diesem Prozess war, ob das Testament vom 2. August von Albert Loeske stammt und ob es den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Das Gericht hat die Ueberzeugung gewonnen, daß das Testament Loeskes in allen Teilen echt ist. Frau Rosa Blaustein stand dem Verstorbenen sehr nahe und hat ihm die Gattin ersetzt. Deshalb kann es nicht als auffassend bezeichnet werden, daß sie von Loeske in seinem Testament als Universalerbin eingesetzt wurde. Sein Sozjus Oppenheimer war seine rechte Hand, daher lag der Gedanke auch sehr nahe, daß das Ehepaar Oppenheimer den Konzern erbt, den es mit ihm zusammen aufgebaut hatte“. Die Behauptungen der Kläger, daß das am Todestage im Saal aufgefundenene Testament unecht gewesen sei und daß das Saal sich nicht habe öffnen lassen, sind nach Ansicht des Gerichtes restlos ins Wasser gefallen. In der Ueberzeugung, daß das Testament von Loeske selbst geschrieben ist, kam das Gericht auch durch die Handschriftenvergleichung. Zum Schluß betonte Landgerichtsdirektor Fleiß, daß auf Grund der Aussagen des Professor Brauer das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß Loeske bei Abfassung seines Testaments geistig vollkommen gewesen sei und daß auch aus diesem Grunde die Echtheit des Testaments keinesfalls angezweifelt werden könne.“

„Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen. Noch zehntausend Schweizer Fahrl ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ gestern Abend bei ziemlich starkem Wind wieder in Friedrichshafen gelandet.

Abschied von Bern Meyer.

Ein Kampfgenosse und guter Kamerad ist von uns gegangen.

Gestern galt es Abschied zu nehmen von Bern Meyer, dem so jah von uns gegangenen treuen Kameraden. Die große Halle des Wilmersdorfer Krematoriums vermachte die Zahl der Trauergäste kaum zu fassen. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsfraktionen, Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeiterbank, des Reichsbanners, der Parteiorganisationen und bekannte Berliner Bankiers. Der Saal war mit Blumen übersätet. Reichsbannerleute hielten die Ehrenwacht, neben ihnen zwei Mädchen im Kinderfreundegewand mit Blumenkörben in den Händen.

Als erster sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Wols. der dem Verstorbenen besonders nahe stand. Er gab ein Bild Bern Meyers als des gütigen Menschen, der viele wahre Freunde hatte, weil er selbst Freund sein konnte. Wir werden das Karfel nicht lösen, wir werden die tiefsten Gründe, die Bern Meyer dem Tod in die Arme trieben, nicht ergründen. Sein ganzes Sinnen und Trachten, sein ganzes Mähen und Schaffen galt den anderen, in Sonderheit den Müheligen und Beladenen. Bern Meyer war ein echter Sozialist und er war stolz darauf es zu sein. Wir nehmen Abschied von dem Kampfgenosse, der uns stets ein treuer Freund und guter Kamerad gewesen ist. Für die Gewerkschaften und die Arbeiterbank sprach Reichstagsabgeordneter Siegfried Aushäuser. So rätlichheit der plötzliche Tod Bern Meyers für alle die ihn kannten und verehrten war, so ausschlagreich ist er doch auch für das große Innenleben dieses echten Sozialisten. Er ging von uns in dem Augenblick, in dem er seine Hoffnung, wieder im Dienst der Arbeiterbewegung tätig zu können, zerstreut sah. Sein Glaube an den Sozialismus war Sinn und Inhalt des eigenen Lebens. Seine hervorragende Mitarbeit bei der Gründung der Arbeiterbank und sein großer Anteil an dem Gelingen des großen Werkes hat ihm in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein Denkmal gesetzt. In einer programmatischen Arbeit hat 1927 Bern Meyer gesagt: „Die Hauptkräfte für Entwicklung und Ausübung der Arbeiterbank ist das Vertrauen der Arbeitnehmerschaften und der Gewerkschaften zu ihrem Bankinstitut, die in der Arbeiterbank ein wichtiges Hilfsmittel sehen zur Durchführung ihrer geschäftlichen Aufgabe.“

Das Leben von Bern Meyer war von diesem Wunsche erfüllt. Wir wollen das Andenken ehren, indem wir der Erfüllung seines Wunsches weiter dienen.

Reichstagsabgeordneter Genosse Litzke sprach dann für die Berliner Sozialdemokratie. Tief erschüttert sehe die Partei an dem Grabe eines ihrer Treuesten, der, tragend er auf der Sonnenleite des Lebens geboren wurde, den Weg zu denen gefunden habe, deren Wege in der proletarischen Hütte stand. Die Sozialdemokratie dankt dem toten Kampfgenosse für die unumkehrbare Treue. Wir senken die Fahnen der Menschensiebe in heftiger Ehrerbietung vor diesem Menschen und gefahren die Fahnen, denen er stets dienen wollte, trotz zu bleiben.

Für die Charlottenburger Sozialdemokratie sprach Stadtrat Will. Worte der Trauer und des Abschiedes. Ihm folgten der Abteilungsleiter der 87. Abteilung, der Bern Meyer angehört hatte. Ein Vertreter des Reichsbanners rühmte dem Verstorbenen als eine Verdienste seines Berufes. Für den Kreis der Freunde rief Dr. Bode dem Toten die letzten Grüße zu. Tröstende Worte des Redners vom Freidenkerverband folgten.

Begeisterter Gesang und klagende Musik ertönt. Die Fahnen senken sich über den Sarg des gütigen treuen Menschen, der noch in seinem Abschiedsbriefe an seine Mutter den Ueberlebenden zugewandt hatte: „Strebt den Zielen nach, denen auch ich stets dienen wollte!“ Langsam entschwindet der Blumenhügel vor den Blicken der erschütterten Trauergemeinde...

Wer hat noch Bücher der Stadtbibliothek? Die Stadtbibliothek, die wegen ihres Umzuges in andere Räume des Markfalls zurzeit geschlossen ist, macht darauf aufmerksam, daß entlehnte Bücher unter allen Umständen bis zum 30. Juni zurückgegeben werden müssen. Die Rückgabe der Bücher kann nach wie vor von 10 bis 21 Uhr erfolgen. Der große Lesesaal und die Zeitungshalle bleiben bis auf weiteres von 10 bis 21 Uhr geöffnet.

FREDRIK PARELIUS
SCHWARZE LEGENDE

„Korondese bleibt bei mir! Solange sie Lust hat und solange es mir gefällt!“ — Man ist doch schließlich ein Mann und hat seinen Willen!

Den ganzen Tag über hielt Korondese sich in meiner Nähe. Yera sah ich nirgends, und ich lag mir vor, daß ich sie durchaus nicht vermisse. „Wertwürdig!“ sagte ich zu mir, „es ist geradezu, als wenn sie nie gewesen wäre! Ja, so gefällt mir das fröhliche Lachen und das lustige Singen der kleinen Korondese!“

Eine Weile nachdem wir Lager geschlagen hatten, kam Yera zu mir. „Richtig!“ sagte ich mit gleichgültiger Miene, du wollest ja keine Geschenke für die Zeit haben, die du bei mir gewesen bist!“ Und gleichzeitig denke ich: Warum sagst du das! Willst du denn das wirklich? Willst du sie denn nur verlegen, sie um deinetwegen leiden sehen? So, wie ein Liebhaber seine Geliebte manchmal verwunden und quälen kann, gerade wenn er sie am meisten liebt? Während er selbst unter der Grausamkeit verbrennt, die dem geliebten Wesen Schmerz und Trauer bringt. Und das tut er dann nur, weil ein Meer, eine Hochflut von Liebe in ihm wogt, die ihn zu zersprengen droht!

„Nein!“ sagt Yera. „Sprich nicht von den Geschenken! Denn wenn du es nicht streng befehlst, so will ich dich nicht verlassen. Sendest du mich aber doch von dir, so wisse, daß ich Beretios und Amalos Tochter bin und sein werde!“

Ich lasse mir diese versteckte Drohung ein wenig durch den Kopf gehen, und Yera spricht weiter:

„Ach, Judchi, mein einziger Freund! Du hast Yera ihren Salz genommen! Heute habe ich dich wieder gerufen, die ganze Zeit hindurch, die die Sonne am Himmel leuchtet, bis sie, müde von des Tages Hitze, sinkt. Aber du bist nicht

gekommen! Also wohne ich wohl nicht mehr in deinem Herzen? Doch mich aber trotzdem hier bleiben, wo du bist. Dann bald reistest du wohl für immer fort, und dann ist Yeras Leben aus!“

„Nun gut!“, antwortete ich, „die närrischen Redensarten haben mich ganz weid gemacht, und ich muß mich zusammenreißen: „Bleibe, wenn du willst. Aber ich verbitte mir jede Frechheit! Bedenke, ich bin ein weiser Mann und vor allem: in meinem Hause regiere ich!“

Am gleichen Abend erfuhr ich, daß Korondese die Tochter eines Häuptlings war, dessen Dorf wir bald berühren mußten. Ihr Auftreten war also höchstwahrscheinlich von der Berechnung einer ganzen Familie diktiert gewesen! Aber trotzdem! Herrlich war sie! Ein kleiner Schall! Roller lustiger Einfälle und Launen, jeden Augenblick ihres jungen Lebens sollte sie bis zur Reize aus. Und ihr Herz konnte galoppieren, wie eine Herde feuriger Bierfüßler über den dumpf dröhnenden Waldboden jagt!

Eines Tages aber ward sie vor mich gebracht, zusammen mit meinem Reitknecht. Beide sind nackt und man scheint sie tüchtig verprügelt zu haben! Man hat sie zusammen überbracht. Und es bleibt nichts anderes übrig, als sie fortzuschicken. Hinterher nehme ich mir Yera vor. Denn sie hat die beiden überraschen lassen!

„Wir Weissen wissen“, sage ich, „daß die schwarzen Weiber, die bei uns Weissen leben, immer ihre schwarzen Liebhaber haben. Darum kümmern wir uns nicht weiter, wenn alles nur mit Takt geschieht und wir in anständiger Unwissenheit gelassen werden. Doch dürfen die Frauen, die an einen Mann gebunden sind, ihn niemals bloßstellen, ihn lächerlich machen. Das ist die schlimmste Verfehlung, die sie sich zu Schulden kommen lassen können!“

„Acht bist du schlecht zu Yera, Judchi. Du weißt sehr wohl, daß ich stets nur dein gewesen bin!“

„Jamohl, schon gut. Merke dir für die Zukunft: keine Spinnereien mehr!“

Korondese verschwand. Aber noch ihr kamen neue Korondelen, immer neue. Ganz so, wie es früher auch gewesen war, sagte ich mir. Yera war und blieb meine eigentliche Frau, sie führte mein Haus. Und zeitweise mochte ich sie wieder sehr gut leiden, ja, es kam vor, daß wir eine unjenerer alten, schönen Stunden erlebten. Wenn ich ihr dann in die

Augen blickte, die mit der Zeit noch abgründiger und schöner geworden waren, konnte ich sogar vergessen, daß sie nicht mehr die zarte, kleine Yera mit den zierlichen Gliedern war. — und ein seltsames Mal nahm sie mich wieder so gefangen, daß ich in heimlichem Bangen um meine ferne, weiße Liebe zitterte. Aber dann nahm ich mich gleich wieder zusammen, und für Yera kamen böse Tage, Tage voller neuer Korondelen, die einen Wall zwischen ihr und mir errichten sollten.

Eines Tages begegnete mir Jaloni. Mit einer ganzen Schar von Trägern besuchte er mich in meinem Lager. Er brachte Federvieh, Felle, Waffen, schenkte sie mir, weil es wahrscheinlich das letzte Mal war, daß wir uns sahen. Ich kümmerte mich nicht mehr um die Etikette der Weissen, denn bald ging es ja fort. Deshalb lud ich ihn ganz offen zum Essen ein. Als wir dann unser Abschiedsglas tranken, sagte er: „Du weißt, Judchi, ich habe dir einige kleine Geschenke mitgebracht und auch ein paar Frauen, für den Fall, daß Yera dir über geworden ist. Man kann ja nicht verlangen, daß sie dir immer noch gefällt!“

„Ach danke und erlaube, daß ich mit den Dingen, wie sie jetzt liegen, völlig zufrieden bin.“

„Sonst hätte ich Yera heute gleich mitgenommen, damit du sie los bist. Aber gut, wie du es wünschst.“

Und Jaloni ritt von dannen. Er schien Yera, die an den Stamm eines Baumes dicht neben dem Pferde gelehnt stand, überhaupt nicht zu sehen.

Als er fort war, kam Yera zu mir und erzählte, daß Jaloni schon gleich, als er kam, seine besten Männer zu ihr geschickt hatte. Die fragten, ob sie seine erste Frau werden wollte. Wenn ja, so sollte sie mich bitten, ihm folgen zu dürfen. Aber Yera hatte geantwortet, daß sie nie im Leben seine Frau werden wollte. Weder freiwillig noch gezwungen. Beretios und Amalos Tochter ließ sich weder locken noch drohen.

„Ich gab meine Verjuche, Yera von mir zu entfernen, als nutzlos auf. Sie wurde mir geradezu zum verkörperten Sinn meines Lebens. In einer der herrlichsten Stunden sagte ich zu ihr: „Yera, ich vergesse mein Rott und dein Wesen vollkommen, sagt habe ich es schon vergessen — und alles um deinetwillen!“

(Schluß folgt.)

Bruder gegen Schwester.

Wegen unglaublicher Roheit zwei Jahre Gefängnis.

Eine Tat von unerhörter Roheit kam vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Bruder und Schwester leben seit Jahren in Feindschaft. Der Jüngere begann, als er 21 Jahre, sie 15 Jahre jährl. Der Bruder hatte die Schwester vergewaltigt. Das Mädchen klagte sein Leid der Mutter, sah aber von einer Anzeige ab. Als es aber dann auch der Frau des Bruders erzählt hatte, was mit ihr seinerzeit geschehen, wurde das Verhältnis der Geschwister vollends unerträglich. Er mißhandelte die Schwester, wo er nur konnte, und das Gericht verurteilte ihn wegen gefährlicher Körperverletzung.

Seitdem waren Jahre vergangen. Die Feindschaft hielt aber an. Am 30. Januar d. J. sahen die Geschwister und ihre Mutter in einem Lokal in der Fürstenstraße. Als die Schwester mit dem Bruder, der mit zwei Bekannten Karten spielte, in einen Wortwechsel geriet, ergriff der 30jährige Werkzeugmacher Bendkowski die Partei des Bruders und versetzte der Frau L., die ihm bisher unbekannt war, derart wuchtige Schläge ins Gesicht, daß sie zwischen die Fingern fiel. Und als sie bald darauf das Lokal verließ, kam auch L. in Begleitung seines Kollegen hinterher. Mit einem unfähigen Schimpfwort ging er drohend auf die Frau zu. Sie hat einen Passanten, sie zu schützen; der aber lehnte es ab. B. versetzte ihr nun Schläge auf den Kopf und ins Gesicht, schleppte sie ein Stück weiter, warf sie hin, so daß ihre Beine über der Bordschwelle des Kinnsteins lagen und trampelte auf den Beinen herum. Sie schrie: „Meine Beine, meine Beine, Hilfe“, hielt ihn an, von ihr abzulassen. Der brutale Mensch trampelte aber weiter, bis die Frau bewußtlos dalag. Im Krankenhaus stellten die Ärzte einen komplizierten Beinbruch fest. Die Wunde war durch den Straßenschmutz in einem schrecklichen Zustand. Am nächsten Tage stellten sich Genußveränderungen ein. Die Ärzte mußten eine Amputation des rechten Beines vornehmen. Frau L. ist heute vollkommen hilflos und an den Rollstuhl gefesselt. Die Lebensgefahr ist noch immer nicht ganz beseitigt.

In der Gerichtsverhandlung verurteilte der Angeklagte Bendkowski den Akt unfähiger Roheit harmloser dazustellen. Das Gericht glaubte aber der Darstellung der kommissarisch vernommenen Frau und verurteilte den Werkzeugmacher zu zwei Jahren Gefängnis und ließ gegen ihn einen Haftbefehl. Der Mißantlage mußte mangels Beweises freigesprochen werden.

Schöneberger Sozialdemokratie feiert.

„Danke heißt weiterkämpfen!“

Am Sonntag marschierten die einzelnen Abteilungen der Schöneberger Sozialdemokratie von verschiedenen Ausgangspunkten zum Winterfeldplatz, um dort die Fortsetzung der Dierzigsjahrfeier zu begehen. Unzählige rote Fahnen belebten das Bild der Züge. Fackeln beleuchteten die Gesichter der Marschierenden. Eine Tambourkapelle des Reichsbanners leitete die Feier ein. Der Platz war bald dicht gefüllt, erfreulich stark vertreten war besonders die Jugend. Nach dem Gesang der Internationale ergriff Franz Künstler das Wort zu einer kurzen eindrucksvollen Ansprache. Er dankte zunächst all denen, die vor 40 Jahren den Grundstock zur Partei in Schöneberg gelegt haben. Schöneberg hatte in der Zwischenzeit das Glück, viele bewährte Genossen zu seinen Mitgliedern rechnen zu können. Es hat eine gute sozialistische Tradition. Es liegt an der Jugend, diese zu pflegen und auszubauen. Danke heißt weiterkämpfen! Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere internationale Sozialdemokratie schloß die eindrucksvolle Feierstunde.

Das Volksfest am Sonntag.

Den Höhepunkt der Feier bildete das schöne Volksfest in der Schloßbrauerei. Im großen Garten des Restaurants war für alle gesorgt. Die Weisenfeier Reichsbannerkapelle und der Schöneberger Männerchor trugen sehr zum Gelingen des schönen Volksfestes bei. Reichstagsabgeordneter Bendt erinnerte daran, daß es 30 Jahre her seien, daß der Frauen- und Mädchenbildungverein gegründet wurde. Der Verein hat besonders auf dem Gebiete der Kindererziehung Pionierarbeit geleistet. Er dankte dann all den vielen, die durch ihr Erscheinen ihre Jugendigkeit ausgedrückt hatten und rief zur verstärkten Mitarbeit im fünften Jahrzehnt auf. Für den Parteivorstand sprach Reichstagsabgeordneter Hans Vogel. Die Situation, führte er aus, war vor 40 Jahren bestimmt weit ungünstiger als jetzt, und es gehörte zur Gründung des Arbeitervereins viel Mut. Die heutige Gesellschaftsordnung mit ihren grausamen Widersprüchen wird sich überleben. Das Tempo dieser Entwicklung hängt von der Arbeit eines jeden einzelnen Parteigenossen ab. Sprechvorführungen der Arbeiterjugend, die Rezitation der Dichtung „Die Partei“ von Otto Friedländer und turnerische Darbietungen folgten einander. Als schönes Symbol klang das Fest harmonisch mit einem Kinderfahrgeschäft aus.

Bei den Betriebsrätemärschen hat sich eindeutig gezeigt, daß dort, wo den Kommunisten auch in den Betrieben energisch entgegengetreten wurde, die Resultate ein erfreuliches Ansteigen der sozialdemokratischen Stimmen brachten. Woher die sozialdemokratische Werbearbeit in den Betrieben referierte Emil Barth vor der Neudörfener Mitgliedschaft in Karlsdorf. In den Betrieben ist der Solidaritätsgedanke unter den Arbeitern am schnellsten zu wecken. Dort zeigen sich die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden am deutlichsten und werden zu einem eindringlichen Anschauungsunterricht für jeden Arbeiter. Auch können in den Betrieben die den einzelnen Beruf betreffenden Fragen weit besser geklärt und beantwortet werden, als in einer nach Wohnbezirken organisierten Partei. Die Sozialdemokratie muß die Betriebe als den Mutterboden ihrer ganzen Arbeit betrachten. Durch Zusammenfassung der sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben ist es möglich geworden, die Gesamteinstellung der Belegschaft zu beeinflussen und sie in dem Auseinanderlegungskampf zwischen Kapital und Arbeit auf den rechten Platz zu stellen. In der Forderung an alle Parteimitglieder, diese Betriebsorganisation zu fördern, klang das Referat aus.

Gefängnis für Messerstecher.

Ein Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten am letzten Samstag hatte erst jetzt nach einem halben Jahr ein Nachspiel vor dem Schöffengericht Schöneberg. Sieben Hitler-Anhänger waren in der Joffener Straße mit Kommunisten zusammengestoßen und dabei war einer von ihnen, ein 17jähriger Metallarbeiter, durch einen Messerstich im Unterleib verletzt worden. Wegen dieser Ausschreitung hatten sich die Kommunisten Baumappel und Rischke vor dem Strafgericht zu verantworten. Baumappel, der geständig war, gestochen zu haben, erhielt acht Monate Gefängnis, während Rischke zwei Monate mit Bewährungsfrist bekam.

Aus der Werkstatt der Titelfabrikanten.

Wie man Konsul und indischer Doktor wird.

Der Titelschwinder Dr. jur. und rer. pol. Wollic und sein Kumpan, der Miesbaumelster Forstmann glaubten, daß man ihnen mit dem einen Jahr Gefängnis, zu dem die erste Instanz sie verurteilt hatte, Unrecht getan habe, und so mußte sich die Große Strafkammer Charlottenburg mit der Berufung der beiden beschäftigen.

In der ersten Verhandlung stellte sich Herr Wollic als Leutnant, Inhaber des E. R. II und des höchsten bayerischen Kriegsordens vor; war aber gezwungen, den Schwindel einzugestehen, als sich ein Zeuge meldete, der seine militärische Laufbahn kannte. Herr Wollic war nämlich gar nicht im Kriege gewesen. In Berlin geboren, hatte er im Jahre 1917 an einem humanistischem Gymnasium das Notabitur gemacht, war kurze Zeit Kraftwagenführer in der Ciope und stellte sich später in den Dienst von Doktoranten, d. h. er verschaffte Leuten, die zahlen konnten den Doktorat. Der Preis betrug 75 Dollar — war also recht bescheiden. Um seine Kunden besser bedienen zu können — er holte sie vermittels Inserate heran — begründete er eine Wollic-Kolleg und setzte sich mit einem gewissen Prof. Hildebrand in Verbindung, der das gleiche Titelgeschäft von Brüssel aus betrieb. Auch dieser hatte speziell zu diesem Geschäft eine fiktive Universtität ins Leben gerufen, ein anderes wissenschaftliches Institut in Dakotah in den Vereinigten Staaten. So konnte man belgischer und

amerikanischer Doktor oder Professor werden. Auch Konsul- und Konsultitel wurden verlieht. Legte man auf einen indischen Doktor Wert, so wurde auch damit gedient. Die Schwinder hatten sich nämlich zu diesem Zweck mit einem Jüder Abdul Fazel in Kaputahia in Verbindung gesetzt. Professor Hildebrand trieb sein Spiel so weit, daß er dem König von Bulgarien das Protektorat über seine Universtität anbot, dieser lehnte aber dankend ab. Die Doktorittelungen fanden sich aus allen Kreisen der Bevölkerung. Der „Doktor“ wird eben auf der gesellschaftlichen Börse immer noch hoch quotiert. Für die Verhandlung sind drei Tage angelegt.

Der Zufall fügte es übrigens, daß zu gleicher Zeit in einer anderen Abteilung eine Beleidigungsklage gegen ein Berliner Abendblatt verhandelt wurde. Beleidigt fühlten sich eben derselbe Professor Hildebrand, der mit so großem Geschick seine Leuten mit Titeln versorgte. Unter diesen seinen Kunden befand sich auch der von dem Dahlemer Explosionsunglück bekannte Weingartner, Professor Hildebrand hatte diesem den Titel eines „montenegrinischen Konsuls“ verkauft. Das benannte Abendblatt hatte sich nicht ganz freundlich über die Titelgeschäfte des Professors geäußert. Das Gericht fand aber die Behauptungen durchaus den Verhältnissen angepaßt und sprach den Redakteur des „Abendblatt“ frei.

Seine guten Beziehungen.

Er pumpte alle an und wurde zum Betrüger.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg hatte sich wegen einiger übrigens ziemlich plump ausgeführter Betrügereien ein ehemaliger Rittmeister M. zu verantworten.

Der Angeklagte hatte in der Insolation seinen ganzen Besitz verloren. Seine Pension war gering, da er schon vor dem Krieg verabschiedet war, und da er sie außerdem mit seiner geschiedenen Frau und seinen Kindern teilen mußte. Um seine schlechte Lage zu verbessern, benutzte der Angeklagte seine guten Beziehungen und borgte alle Bekannten, meist prominente Persönlichkeiten, mit denen er früher verkehrt hatte, um kleinere Darlehen an. Da er aber, um das Geld zu erhalten, meist falsche Angaben über seine penaliäre Lage machte, wurden später Betrugsanzeigen gegen ihn erstattet. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß bei elf verschiedenen Strafbehörden Verfahren gegen den Angeklagten schweben. Das Gericht lehnte aber einen Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Berthauer, diese Verfahren zusammenzufassen und einheitlich zu verhandeln, ab, damit keine Verzögerung entstände.

In Berlin hatte M. den Senatspräsidenten Grüner, der angeblich ein Freund seines Schwiegervaters war, um 50 M. angeborgt und dabei behauptet, daß ihm sein Geld gerade auf der Straßenbahn gestohlen worden war. Kurze Zeit darauf schrieb der Angeklagte einem Juwelier in Frankfurt a. M. und bat unter Bezugnahme auf frühere Bestellungen um eine Auswahl von Manikettknöpfen. Als er die Waren erhalten hatte, verkaufte er sie. Einige Tage später bat er denselben Juwelier, ihm einige Ringe zu schicken, da er einer Dame ein Geschenk machen wolle. Darauf erhielt er aus Frankfurt drei Ringe im Werte von 1500 M., die er gleichfalls verkaufte. Der Angeklagte behauptete, daß er noch Pensionsansprüche an den Staat hätte, so daß er im Fall einer Auszahlung alle Schulden hätte abdecken können. Da er sich aber geniert habe, seine früheren Freunde in seine schlechten Verhältnisse blicken zu lassen, habe er in den meisten Fällen gelogen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte von vornherein betrügerische Absichten gehabt hatte und verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

Neues automatisches Fernsprechamt.

Die Hälfte der Kempter bereits umgestellt.

In der Nacht vom 21. zum 22. Juni wird die Fernsprechvermittlungsstelle Andreas auf Selbstanschlußbetrieb umgestellt werden. Alle Teilnehmer, die bisher zu dem Handbetriebsamt Andreas gehörten, werden von dem Selbstanschlußamt übernommen. Außerdem erhält das neue Amt „Andreas“ noch eine Anzahl Teilnehmer der Kempter Königstadt und Alexander. Mit der Fertigstellung dieses Amtes hat Berlin 31 Selbstanschlußämter. An Handbetriebsämtern bestehen zurzeit nur noch 32, so daß also rund die Hälfte der Berliner Fernsprechämter automatischen Betrieb besitzen. Der Anzahl der Teilnehmer nach ist das Verhältnis etwas ungünstiger, da ein großer Teil der alten Handbetriebsämter weit mehr Anschlüsse besitzt als die neuen automatischen. Augenblicklich sind neun weitere Selbstanschlußämter in Bau, mit deren Fertigstellung in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. Es sind dies die Kempter Flora, Hermsdorf, Weißhof, Jäger, Karlsdorf, Oberbaum, Pallas, Tiergarten und Wogner. Sie liegen in den verschiedensten Bezirken der Reichshauptstadt. Auch in fast allen übrigen Kemptern sind die Vorbereitungen für die Automatisierung begonnen worden.

Funkwinkel.

Donizetti „Don Sebastian von Portugal“ wurde als Opernquerschnitt aufgeführt. Der Komponist zeigt sich in diesem Werk als der unmittelbare Vorläufer Verdi's, und die Parallele, die Dr. Rudolf Lothar in seinen einführenden Worten zu der Oper „Aida“ zog, wurde bei den musikalischen Proben aus „Don Sebastian“ den Hörern sehr deutlich. Das von den Bühnen heute nicht mehr aufgeführte Werk scheint sich nicht nur an höherem Rang, sondern auch an Ausdrucksstärke durchaus mit dieser Oper Verdi's messen zu können, den es offensichtlich stark beeinflusst hat. Die Opernquerschnitte, grundsätzlich sehr zu begrüßen, könnten noch stärkere Eindrücke vermitteln, wenn man sie statt — wie diesmal — mit ausführlichen biographischen Einleitungen, mit musikalischen Erläuterungen am Klavier geben würde, die zwischen den einzelnen Abschnitten der Aufführung eingeschaltet werden könnten. So ließe sich jedes Werk in seiner musikalischen Grundstimmung und seiner Einstellung klar und einfach charakterisieren. — Der Aufführung voran ging ein Konzert des Orchesters Sam Woodings, der in etwa vier Jahren die musikalische Wildheit seiner Chocolate Riddles sehr temperiert hat. Wer sich daran erinnert, wie Wooding damals das Thema eines Volksliedes in immer neuen Variationen durch die tollsten Jazzrhythmen peitschte und damit etwa die „Russische Phantasie“ verpöhlte, mußte empfinden, daß die musikalische Glätte, die das Orchester heute erreicht hat, mit einem guten Teil Originalität bezahlt worden ist.

Vor der Sommerreise: Bewag benachrichtigen

Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.-G. machen darauf aufmerksam, daß im vergangenen Jahre eine Reihe ihrer Abnehmer Unannehmlichkeiten dadurch gehabt haben, weil sie ihre Sommerreise antreten, ohne das Elektrizitätswerk davon in Kenntnis zu setzen. Infolgedessen hatten die Geldheber vergeblich versucht, die Stromgelder zu kassieren, wodurch dann den Abnehmern Unkosten für doppelte Gänge der Bewag-Angefallten entstanden sind. Die Bewag weist darauf hin, daß es genügt, wenn die Abnehmer durch eine Postkarte das zuständige Rechnungsbüro von der Dauer ihrer Abwesenheit in Kenntnis setzen, um alle Weiterungen zu vermeiden.

Köft rechtzeitig Fahrkarten für die Sommerreise! Zur Bewältigung des zu erwartenden starken Andranges vor Beginn der Hauptreisezeit werden die vier Mitteleuropäischen Reisebüros (M.E.R.) im Potsdamer Bahnhof, im Bahnhof Friedrichstraße, Unter den Linden 57/58 und Kurfürstendamm 17 (Ecke Joachimsthalerstraße) vom 28. Juni bis 3. Juli täglich eine Stunde früher geöffnet werden. In diesen Tagen stehen die M.E.R.-Büros dem Publikum von 8—12 Uhr zur Verfügung.

Allgemeine Wetterlage.



Infolge allgemeinen Luftdruckfalles über Europa hält sich das nördlich von uns liegende Hoch zwar abgeschwächt, beherrscht aber noch wie vor unser Wetter. Auch am Dienstag war es überall im Reiche heiter, und in West- und Mitteldeutschland stiegen die Temperaturen meist beträchtlich über 23 Grad im Schatten. Obwohl der Luftdruckfall über Europa anhält, haben wir in den nächsten Tagen noch keine Wetteränderung zu erwarten. Nur die Winde dürften, entsprechend den verfeinerten Luftdruckunterschieden, abnehmen.

Wetterausblick für Berlin. Fortdauer des trockenen, heiteren und am Tage warmen Wetters, abkühlende östliche Winde. — Für Deutschland. Allgemein heiter und warm, im Südwesten auftommende Gewitterneigung.

Ein Wort zum Zahneputzen! Hier und da trifft man Hausfrauen, die mit dem Aussehen ihrer Zähne nicht recht zufrieden sind. Wie, schon längere Zeit gebrauchte Zahnpaste hat sich aus, und es zeigen sogar neue Zahneputzmittel nach einiger Zeit einen gelblich grauen Schmutz. Die Hausfrau ist dann meist ratlos. Sie hat nach Vorlesung des richtigen Zahneputzmittel — aber mit dem Spülen hat es nicht so genau genommen, und damit liegt tatsächlich die Ursache des nicht schönen Aussehens! Durch das Spülen soll erreicht werden, daß alle Rückstände der Zahnpaste entfernt und schließlich aus der Zahneputzfernt werden. Denn diese Rückstände sind es, die sich sonst im Gemaße festsetzen, die Zähne nicht nur erweichen lassen und schließlich das unangenehme „Gießen“ oder „Stauben“ verursachen. Dies ist nämlich nicht anders als eingetrocknete Seifenreste, die verbleiben, wenn die Zähne aus dem Schaum herausgenommen sind. Amedmäßig ist, zum ersten Spülen immer mit warmem Wasser zu nehmen und dann so oft in kaltem Wasser zu spülen, bis das Wasser ganz klar bleibt. Will man die Wirkung des Spülens erhöhen und sich die Arbeit vereinfachen, gibt man dem ersten Wasser etwas Essig — kalt vermischt — bei diesem Mittel — das in jedem Laden zu haben ist — ist die Seifenreste viel schneller, schwebel und erdtrüblich, das Spülen geht erheblich leichter, und die Zähne erblühen dadurch einen besonders schönen Glanz.

Gelbe Zahnerzähne. „Ich benutze seit Jahren die Chlorodont-Zahnpaste und bin mit der Verwendung derselben sehr zufrieden. Trotzdem ich ein Raucher bin, sind meine Zähne stets blendend weiß. Auch fehlt mir kein einziger Zahn, jedoch ich behaupte, nur „Chlorodont“ erhält meine Zähne gesund.“ S. Granenberg, München. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 M., Zahnbürsten, Mundwasser 1 M. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Eisenpreisstand immer größer.

Zatsachen gegen Behauptungen. — Was tun „die“ Kartellminister?

Die Kritik des „Vorwärts“, daß die Senkung der Eisenpreise unzureichend und die Lohnsenkung sowohl überflüssig als schädlich ist, hat zu einem Wettlauf der der Schwerindustrie nahestehenden Presse geführt, die Eisenpreisentwertung als ausreichend und die Lohnsenkung noch überragend nachzuweisen. Besonders ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ um diesen Nachweis bemüht, die sich sogar über die sozialistische Kritik lustig machen zu dürfen. Natürlich schließt bei der DAZ auch die Scharfmacherin ins Kraut, und es wird ganz offen gefordert, daß auch im übrigen Deutschland die Lohnsenkungen durchgeführt werden müssen, weil sonst die Preisermäßigungen beispielsweise von der mitteldeutschen und ober-schlesischen Schwerindustrie „nicht getragen“ werden können! „Dazu sind die Selbstkosten viel zu hoch und viel zu hart an den Inlandsverkaufspreisen, ganz zu schweigen von den schlechten Exportpreisen.“ Diesen Herrschaften kann ziffernmäßig nachgewiesen werden, daß sie die Deffentlichkeit irreführen.

Die Preisentwertungen betreffen nur den halben Eisenabfall!

Es wird viel zu wenig beachtet, daß die letzten Eisenpreisentwertungen bei weitem nicht die gesamte deutsche Produktion und auch nicht den gesamten Absatz der deutschen Schwerindustrie betreffen, sondern kaum mehr als die Hälfte von Produktion und Absatz. Ein Drittel des Gesamtabzuges der Eisenverbände entfällt nämlich auf die reine Ausfuhr, für die Preisentwertungen überhaupt nicht stattfinden. 15 bis 20 Proz. des Gesamtabzuges sind dem Export der Eisenarbeiter zuzurechnen, die bekanntlich die Äußerungsvergütung erhalten. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Rückvergütungsfrage um ebenso geführt werden — bei der Reueinstellung für den Monat Juli — als jetzt Preisentwertungen vorgenommen worden sind. Damit fällt auch das von den Weiterarbeitern exportierte Eisen nicht unter die Eisenpreisermäßigung. Damit gilt die Senkung der Eisenpreise höchstens für rund 50 Proz. des Abzuges der Eisenverbände.

Nimmt man die durchschnittliche Eisenpreisentwertung auf 3 Proz. an, so beträgt die tatsächliche Preisentwertung auf den Gesamtumsatz, d. h. die tatsächliche Kürzung der Erlöse nur 1 1/2 Proz. Legt man 20 Proz. Lohnanteil zugrunde, so bedeuten diese 1 1/2 Proz. Preisentwertung bei einer Lohnkürzung um 7 1/2 Proz. nur ganz genau so viel wie die ersparte Lohnsumme! Es ist also wahr, von einem Preisopfer der Eisenindustrie kann überhaupt keine Rede sein. Herr Stegerwald und die Deffentlichkeit werden hinteres Licht geführt!

Schrotterparnisse sind größer als die ganze Preisentwertung!

Aber die Dinge liegen noch viel ärger, wenn man etwas genauer zusieht, was beispielsweise die Eisenindustrie schon durch die Senkung der Schrottpreise erspart hat. Man wird den gesamten Schrottabsatz, den die deutsche Eisenindustrie jährlich zu kaufen muß, auf 3 bis 3 1/2 Millionen Tonnen schätzen dürfen. Wegen 1928 ist der Schrottpreis je Tonne um nicht weniger als 15 Mark gefallen. Allein an der Schrotterparnisung erspart die deutsche Eisenindustrie bei normalem Geschäft 45 bis 52 Millionen Mark. Rechnet man 25 Proz. Produktionsbeschränkung für den sechsten Augenblick, so bedeutet bei einer Jahreserzeugung von 10 Millionen Tonnen Walzwerksprodukten die Erlösentwertung bei einer

Preisentwertung von 4 Mark je Tonne 40 Millionen Mark. Daraus ergibt sich, daß die gesamte jetzt vorgenommene Preisentwertung bei der deutschen Eisenindustrie bereits schon durch die Verbilligung der Schrottpreise mehr als aufgewogen ist! Es zeigt sich die unerhörte, den Dilettantismus des Stegerwaldschen Schiedsrichters blühlichartig beleuchtende Tatsache, daß die Eisenindustrie die Lohnsenkung auf Grund des Schiedspruchs von Deynhäusen überhaupt nicht nötig gehabt hätte, um die Preisentwertung in dem geschehenen Ausmaß zu ermöglichen und daß die vorgenommene

Lohnsenkung als reines Geschenk an die Schwerindustrie angesehen werden muß.

Diese Feststellungen können durch den Einwand nicht erschüttert werden, daß etwa die fixen Kosten der Eisenindustrie bei um 25 Proz. gesteigerter Produktion die Eisenindustrie stärker belasten und auch nicht durch den anderen Einwand, daß die Eisenindustrie auf dem Weltmarkt durch weiteres Absinken der Weltmarktpreise Exportverluste erleidet. Diese Dinge, die gar nicht bestritten zu werden brauchen, sind Folgen der Konjunktur und haben mit der Tatsache nichts zu tun, daß die Deffentlichkeit über die inneren Zusammenhänge und das Ausmaß der Preisentwertungen getäuscht wird.

Auch wenn man noch eine dritte Rechnung aufmacht, nämlich die Summen der im Inland tatsächlich eintretenden Erlösverluste den Summen der angestrebten Lohnersparnissen gegenüberstellt, dann ergibt sich eine Preisentwertung im Ausmaß von 19 bis 20 Millionen, die einer von der Schwerindustrie selbst festgestellten Lohnersparnis von rund 22 Millionen gegenübersteht!

Diese hier erstmalig festgestellten Tatsachen machen die sogenannte Eisenpreisentwertung in ihrer Verbindung mit der Lohnsenkung zu einem Skandal der Wirtschaftspolit. und Schlichtungspolit. Herr Stegerwald hat sich vorbehalten, die Auswirkungen des Schiedspruches im einzelnen zu prüfen. Der Reichswirtschaftsminister ist verpflichtet, von Amtswegen auf angemessene Eisenpreise zu sorgen. Die hier ausgedehnten Vorbestände rechtfertigen die Erwartung, daß die beiden verantwortlichen Minister die von uns festgestellten Tatsachen untersuchen, die Deffentlichkeit über das Ergebnis der Untersuchungen unterrichten und die Eisenverbände zu neuen Preisentwertungen veranlassen, die der Konjunkturlage und dem Sinn des Deynhäuser Schiedspruches entsprechen.

Die „Frankfurter Zeitung“ stellt fest, daß auf dem Süddeutschen Markt überhaupt kaum eine Preisentwertung für die Weiterarbeitern, die von Händlern kaufen, eintreten wird, da die Preisentwertung die zum 1. Juni 1930 wegen der Erhöhung der Umsatzsteuer vorgenommenen Preiserhöhungen kompensiert.

Der Verein Deutscher Isolierglasfabriken hat die Preise für Bauglas zur Verbilligung der Baumaterialien und zugleich für Hartglas zur Förderung des Gemüsebaues um 12 Prozent herabgesetzt.

Das ist eine Preisentwertung, und zwar eine sehr läßbare. Sie wird ohne Lohnsenkung durchgeführt, was höchst vernünftig ist, Vernunft ist aber selten in Deutschland!

über Ungarn, Italien, Jugoslawien, Polen, Argentinien usw. waren insbesondere zwei von besonderem Interesse: der Bericht von Prof. Dr. Aufhäuser über die Verwertung der Kohle in Deutschland, und der Bericht des Russen S. Bakatschin über die gemaltigen Energiequellen Sibiriens, die bisher fast noch überhaupt nicht erschlossen sind.

Der New Yorker Krach.

Angst vor dem Zolltarif. — Wachsender Wirtschaftspessimismus.

Die von uns schon gemeldeten sehr starken Kursstürze auf der New Yorker Aktienbörse von Montag und Dienstag betrafen sämtliche Aktienkategorien. Die führenden Eisenbahnaktien sind noch unter dem Katastrophenstand vom Oktober vorigen Jahres gesunken. Dasselbe gilt für die wichtigsten Kupferwerte. Auch die großen Chemiewerte sind sehr stark gesunken, und die Stahl-, Auto- und Radioaktien sind dem Tiefstand vom Oktober sehr nahegerückt. Man spricht von Kursverlusten im Betrage von 4 Milliarden Dollar, die natürlich keine endgültigen zu sein brauchen.

Die Diskussionen über die Ursachen des neuen Krachs sind lebendig. In erster Linie dürften sich bei den starken Aktienverläufen der immer größere Pessimismus über die Wirtschaftsentwicklung ausgemerkt haben. Aber die sicher erwartete und inzwischen erfolgte Unterzeichnung des neuen Zollgesetzes durch Präsident Hoover hat zweifellos, da es vielen demokratischen Industriellen mit der Heberzeugung von der Gefährlichkeit des Tarifierungs ist, den Zusammenbruch ebenfalls gefördert. Man wird den amerikanischen Börsendoch kaum als lokale Angelegenheit betrachten dürfen, wenn auch diesmal die internationalen Auswirkungen geringer sein werden als im Oktober.

Die ersten Folgen des neuen Börsenkrachs waren neue Warenpreisentwertungen. Man erwartet, daß damit eine amerikanische Exportoffensive einsehen könnte; diese Möglichkeit ist auch für Deutschland von sehr großer Bedeutung und unterstreicht den Zwang, mit größter Beschleunigung im deutschen Inland durch Preisentwertungen, die Kaufkraft zu steigern, um durch stärkere Ausnutzung der Betriebe den durch Amerika verschärften Weltmarktkampf mit Erfolg bestehen zu können.

Neue Diskontsenkung nötig!

Privatdiskont nur 3 1/2 Proz. — Reichsbank immer weniger Arbeit.

Die Deutsche Reichsbank wird sehr bald ihren Diskont weiter herabsetzen müssen. Nach dem Ausweis vom 14. Juni sind nur noch Wechselbestände von 1544 Millionen vorhanden. Die Banken haben so wenig Kredits gebraucht, daß zu Mitte Juni die Lombarddarlehen sogar nach um 12 auf 55 Millionen abgenommen haben, was zur Monatsmitte schon seit mehr als drei Jahren nicht mehr der Fall war. Die Goldbestände bleiben mit 2619 Millionen zwar fast unverändert, dafür sind aber die Bestände an bedienungsfähigen Devisen wieder um 42 auf 222 Millionen gestiegen. Die 4270 Millionen umlaufenden Noten sind durch Gold mit über 50 Proz. und durch Devisen zusammen mit rund 75 Proz. überdeckt. Der sogenannte Privatdiskont, der Preis für Wechsel zwischen ersten Bank und Industriefirmen, ist am Montag von 3 1/2 auf 3 1/2 Proz. weiter gesunken. Die Reichsbank wird nicht anders können, als spätestens in der nächsten Woche den Diskontsatz auf 4 Proz. herabzusetzen. Für die Besserung der Wirtschaftsverhältnisse ist das zwar noch kein Beweis, aber doch eine neue günstige Voraussetzung.

Pintsch steigert die Dividende wieder.

Steigende Gewinne trotz geringer Ausnutzung der Leistungsfähigkeit.

Seit 1925 brachte jeder neue Abschluß der Berliner A.G. Berlin, eine Dividendensteigerung. Bis Ende 1928 stieg die Dividende auf das Kapital von 9 Mill. von 4 auf 10 Proz., und für das Jahr 1929 wird sie um weitere 2 Proz. auf 12 Proz. erhöht.

Wenn der Vorstand im Bericht ausführt, daß die Beschäftigung zu Beginn des Geschäftsjahres nur Dreiviertel der Leistungsfähigkeit und später noch weniger ausmachte, wenn man zur gleichen Zeit eine solche Gewinnsteigerung ausweisen kann, so bedarf es keines weiteren Beweises für die Tatsache, daß die Rationalisierungsreserven groß und die Preise stark überhöht sind. Das günstige Ergebnis wird auf die „Abwicklung einiger alter Auslandsgeschäfte“ zurückgeführt. Das Auslandsgeschäft wird als ausbaufähig bezeichnet, was im Interesse der Belegschaft (4000 Arbeiter und Angestellte) zu begrüßen ist. Die Eisenbahnabteilung und die für Gasanstaltbau hatten unter der rückläufigen Konjunktur besonders zu leiden, während die Abteilung Seegeräte und das Glühlampenwerk gut beschäftigt waren.

Die Bilanzziffern erwecken den Eindruck, als ob die geringe Ausnutzung der Leistungsfähigkeit weniger auf einen tatsächlichen Abwärtsgang als auf starke Erhöhung der Leistungskraft (der allerdings nicht der erwartete Auftragszuwachs) zurückzuführen ist. Denn die Anlagekonten weisen mit 6,7 Mill. einen Zugang in der Höhe der vorjährigen Abschreibungen auf, und der Posten Schuldner ist von 16,5 auf 18,7 Mill., der Posten Gläubiger von 16,5 auf 18 Mill. gestiegen. Allerdings gingen die Vorauszahlungen von 4,2 auf 2,6 Mill. zurück. Der langfristige Kredit von 2,5 Mill. ist auslaufenden Einnahmen zum Rückzahlungsstand worden. Nach Abschreibungen von 1,8 Mill., die mit 25 Proz. des Wertes der gesamten Anlagen reichlich bemessen sind, verbleibt der höhere Reingewinn von 1,17 Mill. (gegen 0,96 Mill.).

Der Reinerlös der Young-Anleihe, die nominell auf 350,9 Millionen Dollar lautet, beträgt 3,05 Millionen Dollar. Rechnet man die zehnprozentige Kursdividende des Zeichnungspreises ab, so würde für die vermittelnden Banken für Emissionskosten und Emissionsgewinne der sehr große Betrag von 10 bis 15 Millionen Dollar in Frage kommen. Davon sind das meiste natürlich Gewinne. So ein internationales Anleihegeschäft lohnt sich also!

Die Rentenbankkreditanstalt will demnächst mit schweizerischen und holländischen Banken eine Anleihe von 25 Millionen Schweizer Franken zu 6 1/2 Proz. mit 30jähriger Laufzeit bei einem Zeichnungskurs von mehr als 90 Proz. abschließen. Die Effektivverzinsung würde also höchstens 7,2 Proz. betragen, was nicht schlecht wäre.

Eine Auslandsanleihe von 15 Mill. Dollar will die Stadt München zum Ausbau der werdenden Betriebe beschaffen. Der Genehmigungsantrag bei der Beratungsstelle ist gestellt. Die Stadt Nürnberg plant eine ähnliche Anleihe.

Soziale Probleme der Kraftwirtschaft.

Der Weltkraftkonferenz zweiter Tag.

Neben zahlreichen rein technischen Berichten und Vorträgen brachte der zweite Tag der Berliner Weltkraftkonferenz auch eine Reihe sehr interessanter wirtschaftlicher und sozialer Feststellungen.

In den Verhandlungen, die den Weltproblemen der Energiewirtschaft gewidmet waren, wurde von russischer Seite in einem Spezialbericht des Dipl.-Ing. B. Weiz die Frage aufgeworfen, in welchem Umfang die gegenwärtige Gesellschaft durch die moderne Kraftwirtschaft beeinflusst wird; er vertritt die Meinung, daß eine „vollkommene Lösung des Energieproblems der Weltwirtschaft nur durch die Überwindung des anarchischen privatwirtschaftlichen Produktionsystems ermöglicht wird“. Der deutsche Generalberichterstatter Dipl.-Ing. F. zur Redden vertrat demgegenüber auf die großen Vorteile, die die neuzeitliche Energieversorgung der Menschheit gebracht hat. Die Energieerzeugung ist zwar auf immer weniger Betriebe konzentriert, aber die Energieverteilung wird so dezentralisiert, daß der einzelne größere Freiheiten in der Wahl des Wohnortes oder des Betriebes hat. Diese dezentralisierte Energieverteilung erlaubt es nach seiner Meinung, Gartenstädte an Stelle von Mietskasernen zu setzen, den Großstädten der Natur wieder näher zu bringen, durch Energieüberlieferung der Landwirtschaft die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft zu mildern. Aber zur Redden mußte doch zugeben, daß der Bedarf an geschulten Erwerbstätigen zwar steigt, daß aber insgesamt infolge der modernen Kraftwirtschaft die Nachfrage nach menschlicher Muskelkraft immer mehr sinkt.

Am übrigen stellte zur Redden drei Hauptaufgaben der Energieversorgung fest:

1. Energie möglichst billig und sicher zu erzeugen,
2. sie jedem im Staat in möglichst reichem Maße dienstbar zu machen,
3. den völkerverbindenden Energietransport möglichst wenig zu hemmen.

Nach seiner Meinung sollen Kaufmann, Lehrer, Volkswirt, Finanzmann und Staatsmann gemeinsam mit dem Ingenieur zusammenwirken, um diese drei Kernprobleme zu lösen. Die großen Massenorganisationen der Verbraucher, insbesondere die Gewerkschaften, werden als Teilnehmer an der Lösung nicht genannt, obwohl ein anderer Bericht aus dem gleichen Verhandlungsgebiet mit großer Deutlichkeit auf sie hinwies.

J. Fornoni berichtete über den Schutz von Energieversorgungsanlagen im Falle von Streikgefahren. Er verweist dabei darauf, welche katastrophalen Schwereigkeiten im

Wirtschaftsleben und im Leben jedes einzelnen dadurch entstehen können, daß die zentralen Versorgungsanlagen, insbesondere die Gaswerke, die Elektrizitätswerke, die Transformatorstationen usw. durch Streik oder Unruhen stillgelegt werden. In Deutschland sind Gefahren der Allgemeinheit durch solche Störungen dadurch unmöglich gemacht, daß die Gewerkschaften den Streik in solchen Anlagen von sich aus erschweren und daß die Gesetzgebung hier außer dem Schlichtungszwang eine beschleunigte Schlichtung vorseht. Außerdem sind mehrfach zwischen den Gewerkschaften und den Energieversorgungsbetrieben für den Streikfall bestimmte Retarbeitsverträge geschlossen worden.

Wenn in Fällen dieser Art soziale Erschütterungen mit Hilfe der Arbeiterorganisationen so weit geregelt werden, daß Katastrophen der Allgemeinheit vermieden werden, so liegt doch der Gedanke nahe, daß auch in anderen Hinsichten ohne die Mitarbeit der großen Massenorganisationen auch die größten Hauptteile der Welt soziale und wirtschaftliche Weltprobleme nicht lösen können.

Ein sehr interessanter Beitrag, der wiederum aus dem technischen und wirtschaftlichen ins politische Gebiet führt, stellte der Hauptvortrag dar, den der frühere französische Ministerpräsident in französischem Handelsministerium, Prof. Ferruz, über das Thema „Neue Formen der Rationalisierung“ hielt. Er verweist auf den deutsch-französischen Stahlpakt, an dessen Zustandekommen er übrigens beteiligt war, der eine großartige internationale Produktionsorganisation eingeführt habe. Eine noch größere Aufgabe wird, wie er ausführte, die einheitliche Erschließung der europäischen Wasserkräfte sein; Ferruz schloß mit einem Ausruf an die Völker, sich zur Lösung solcher Aufgaben zusammenzuschließen.

Von den Vorträgen, die am Dienstag vormittag zu dem Thema „Elektrizität in Industrie und Gewerbe“ gehalten wurden, sind insbesondere die Ausführungen über die günstigsten Wirkungen guter Beleuchtung in industriellen Betrieben, insbesondere in den Betrieben unter Tage, hervorzuheben. Hierüber wurde ausführlich von Prof. S. D. Raiser (Australien) und R. Schneider (Deutschland) berichtet. Ferner brachte Phippi (Deutschland) interessante Belege dafür, wie in Bergwerkbetrieben durch verbesserte Beleuchtung die Leistung der Arbeiter gehoben, Unfälle vermieden und insbesondere Augenkrankheiten (Augenentzündungen) beseitigt werden.

Am Dienstag vormittag wurden in einer weiteren Sondergruppe Brennstoff-, Kraft- und Wärmewirtschaftsfragen einzelner Länder behandelt; neben den Berichten

250 Jahre „Comédie-Française“

Das Jubiläum seines 250jährigen Bestehens, das die „Comédie-Française“, das Erste Nationaltheater Frankreichs, im Laufe dieses Jahres feierlich begehen wird, ist weder eine rein französische Angelegenheit noch ein reines Kuriosum der Theatergeschichte: es ist ein wichtiges Gedenkdatum des europäischen Kunstlebens schlechthin, zu dessen ruhmvollsten Höhepunkten sie durch Tradition und heutige Leistung gerechnet werden muß.

Die Gründung der sogenannten „Maison de Molière“, dessen Werte durch ihr Ensemble im Laufe der Jahre eine Gesamtziffer von mehr denn 21 000 Aufführungen erzielt haben, und noch heute zu den wichtigsten Elementen ihres Spielplans gehören, hat mit Molière nur mittelbar zu tun. Der Dichter hatte die letzten dreizehn Jahre seines Lebens im „Théâtre du Palais-Royal“ gewirkt und starb — nach Beendigung der vierten Aufführung seines „Eingebildeten Kranken“ — im Jahre 1673. Erst 1680 verfügte Ludwig XIV. die Zusammenfassung der drei damals in Paris — neben einer italienischen — vorhandenen französischen Schauspieltruppen, und sein Dekret vom 22. Oktober 1680 wird mit Recht als Gründungsurkunde des ersten französischen Nationaltheaters betrachtet.

In der heutigen Rue Mazarine (auf dem linken Seineufer) wurden die prominentesten Mitglieder der drei bisherigen Truppen zu einem Ensemble zusammengestellt. Die Bescheideneren der Professoren des „Collège des Quatre Nations“ über die Nachbarschaft einer Komödiantentruppe führte aber im Jahre 1690 zum Umzug in ein eigens gebautes Haus in der Rue des Fossés Saint-Germain, der heutigen Rue de l'ancienne Comédie. Hier erlebten die Werke von Regnard, Voltaire, Crébillon, Sedaine, Marivaux, Favart und anderen ihre Aufführungen. Zu den berühmtesten Darstellern aus dieser Periode gehört Voltaires Lieblingschauspieler Belain.

Im Jahre 1770 machte die Bauilligkeit des überreizt errichteten Laues einen vorläufigen Umzug in den Saal des Lusterschloßes erforderlich, wo im Jahre 1775 die denkwürdige Premiere von Beaumarchais' „Barbier von Sevilla“ stattgefunden hat. Im Jahre 1782 bezog das Ensemble der „Schauspieltruppe Seiner Majestät“ sein neues Heim, das heutige Odeon-Theater. Hier fand 1784 die bedeutende Premiere von Beaumarchais' „Figaro“ statt, die über den Rahmen eines literarischen Ereignisses weit hinausging und eine der ersten Berührungen des „modernen“ Theaters mit der politischen Zeitgeschichte bedeutet. Von noch größerer Tragweite war einige Jahre darauf — die Revolution hatte begonnen — die Aufführung des „Charles IX.“ von Marie-Joseph Chenier. Sie bedeutete nicht nur das Debüt des neuen Schauspielers Talma, sondern gleichzeitig einen Bruch im Ensemble der „Comédie“, deren fortschrittlich gestimmte Mitglieder abwanderten und sich auf dem rechten Seineufer im neugegründeten Hause der heutigen „Comédie-Française“ einmieteten. Erst nach dem Sturz Robespierres gelang die Wiedereinrichtung des Gesamtensembles, und unter dem ersten Konsulat Bonapartes erfolgte die endgültige Konstituierung des ersten französischen Nationaltheaters, dessen Haus im Jahre 1802 in Staatsbesitz überging und dessen — genossenschaftliche — „Verfassung“ am 17. April 1804 unterzeichnet wurde.

Nach der Napoleonperiode unter dem ersten Kaiserreich bewirkte Napoleons Entthronung und — später — Talmas Tod eine seltene Stagnation im Leben der auf Pflege klassischer Theater eingestellten „Comédie“. Im Jahre 1829 öffnete jedoch der Intendant Baron Taylor der romantischen Bewegung die Pforten des Nationaltheaters, in dem am 25. Februar 1830 Viktor Hugos „Hernani“ den Triumph der neuen Bewegung befestigen sollte. Schon 1838 wurde aber durch die Nachahmung der klassischen Tragödie und fast zur gleichen Zeit durch Samson und Regnier das Rollenspiele Lustspiel wieder „entdeckt“ und seitdem und bis heute werden alljährlich Frankreichs Klassiker — und insbesondere Racine — wie Frankreichs Romantiker — und insbesondere Molière — durch Frankreichs Nationaltheater zu unerschöpfbar scheinenden Publikumserfolgen gebracht.

Weltberühmtheiten der Schauspielkunst sind aus dem Hause Molières zu allen Zeiten hervorgegangen. Auf Talma und die früh dahingegangene Rachel folgten Coquelin aîné, Sarah-Bernhardt, Rounet Sully, die Barthelemy, und es wäre allzu billig, heutige Erscheinungen wie Alexandre, die Koch, die Ventura und andere wie die Bonn, Grunow, die Marquet und Jean Weber als unwürdige Epigonen großer Vorbilder abzutun und ihrer künstlerischen Wirksamkeit den schuldigen Tribut zu verweigern.

Man sollte sich gerade in Deutschland keiner nachlässigen Missgunst über die Bedeutung der „Comédie-Française“ und ihrer großen Tradition hingeben. Denn wenn man ihre Traditionsorgänge und -nachfolge gegen einander abzumessen sucht, so scheinen wir die, die das ehrwürdige Haus im Hinblick auf manche Ueberalterungserscheinung in Spielplan und Darstellungsstil als „Mutterliste“ abzutun suchen, sich ihre kritische Aufgabe doch etwas zu leicht machen.

Die Pflanze der gesamten nationalen Dramenproduktion von Corneille bis Cocteau darf immerhin als so gewaltige, verdienstvolle Risikofaktoren betrachtet werden, daß über mangelnde Berücksichtigung fremder Bühnenrichtungen zu Unrecht Klage geführt wird, obwohl nur ganz selten und fast nur bei besonderen Anlässen auf griechische Klassiker, Shakespeare oder Ibsen, zurückgegriffen wird, und niemals ein deutsches Werk über Frankreichs erste Staatsbühne gegangen ist. Frankreichs dramatische Gesamtproduktion ist jedoch so stark, daß es den etwa vierzig Schauspieltheatern von Paris selbst dann nicht an nähernd gelingen würde, auch nur alle beachtlichen Neuwerke zur Geltung zu bringen, wenn von Geschäftsrücksichten und Claqueurwirtschaft ganz abstrahiert werden könnte. Unter solchen Umständen rechtfertigt sich nicht nur die Selbstbeschränkung, die sich die „Comédie-Française“ bei der Bestimmung ihres Spielplans auferlegt: sie wird sogar zur Pflicht und könnte vielfach als Beispiel für anderer Länder Nationalbühnen herangezogen werden.

Ein weit verbreiteter Vorwurf gegen die „Maison de Molière“ ist ihre regellose und büchentechnische Rückständigkeit. Von Drehbühne, Rundhorizont und ähnlichen Errungenschaften moderner Bühnentechnik macht man in Frankreich noch fast allgemein und insbesondere in der „Comédie-Française“ keinen Gebrauch. Es herrscht auch noch heute die Sitte, den Spielsteller auf dem Theaterrittel nicht zu nennen, und nur aus Zeitungsindiscretionen erfährt das Publikum gelegentlich den Namen dessen, der zwischen Dichter und Darsteller der Mittler gewesen ist; soweit der Generaldirektor nicht selbst die Regie übernimmt, wird einer der Darsteller als Spielsteller bestimmt; es herrscht also hier das Gegenteil der vielfach üblich gewordenen Präponderanz der Regisseure. Man kann der „Comédie-Française“ jedoch deshalb in keiner Weise den Vorwurf der Regellosigkeit machen, wenn man von einzelnen bedauerlichen Gelegenheitsaufführungen absteht. Aus der Tatsache, daß das französische Drama weit stärker auf das Wort gestellt ist als etwa das deutsche, ergibt sich aber ein bemerkenswerter Vorzug: eine akustische Durch-

bildung und Vollkommenheit jeder seriösen Bühnendarstellung, wie man sie heute in Deutschland meist vergeblich sucht. Auf allen Bühnen Frankreichs wird — soweit nicht die Anweisung des Autors dem ausdrücklich entgegensteht — ein reines französisch gesprochen, gleichviel ob die einzelnen Darsteller aus Paris, Marseille oder Lille zusammengewandert sind, und der vorwiegende Spielsteller on der „Comédie-Française“, dieser Hochburg der französischen Sprache, vollbringt bei jeder Einführung eine akustische Regieleistung, deren Wert und deren Bedeutung erst der Vergleich mit dem außerfranzösischen Theater in ihrer ganzen Tragweite ermessen lehrt.

Alle Anteilnahme, aller Trausch, der sie umgibt, haben bis heute nicht vermocht, die Grundfesten der Nationalbühne Frankreichs zu zermürben. Die „Comédie-Française“ hat es in 250jährigem Bestehen verstanden, das Zentrum und der Angelpunkt des dramatischen Lebens in Frankreich zu werden und zu bleiben, und alle Konturrenz und Kritik hat letzten Endes — wenn auch manchmal reichlich spät — zu ihrer Befruchtung gedient. Darin liegt ihre unschätzbare Bedeutung für Frankreich selbst und die beispielgebende Stärke ihrer Position im Welttheaterleben. Kein Wunder, daß sie unter solchen Umständen von allen Seiten zu Gastspielen gerufen wird.

Erich Grisar: Klein-Erika weint

Auch die Kinder haben ihre Sorgen. Und ich will nicht sagen, daß sie geringer sind als die Sorgen der Großen. Denn die Kämpfe, die sie tragen, sind noch kleiner.

Seit Klein-Erika weiß, was sterben bedeutet, zerbricht sie sich den Kopf darüber und weint sie sogar.

Warum weinst du denn, fragt die Mutter.

Ich will nicht totgehen!

Warum denn nicht?

Wer soll denn dann mit meinen Spielsachen spielen?

Aber zum Glück denkst du nicht allzuoft ans Sterben. Deiner schon aus Einsamkeit. Einmal soß sie hängen im Hof ganz allein und meinte, daß die Tränen kullerten.

Warum weinst du denn? fragte die Mutter wieder.

Alle Kinder haben ein Schwesternchen und ich bin immer allein.

Nicht immer macht die Einsamkeit ihrummer. Einmal wurde Klein-Erika sogar philosophisch. Da sagte sie: Mutter, du kannst ruhig fortgehen, ich bleib ganz ganz allein, bloß merke ich Pipi machen muß und es macht mir keiner die Hofe wieder hoch, dann wein' ich.

Ich, ist das ein Glied, sagte sie seufzend hinzu. Aber das hat sie Papa abgelaufen. Der stöhnt auch immer so.

Aber Klein-Erika braucht nicht immer einen Grund, um zu weinen. Auf die Frage, warum sie weine, antwortete sie einmal: weil die Tränen kullern. Also meinst sie, weil sie weint.

Schwieriger schon ist es, wenn sie nicht mehr weiß, warum sie weint, aber weil sie einmal weint, weiterweint, auch wenn die Ursache längst behoben ist.

Einmal hatte Klein-Erika sich den Finger gestoßen. Es war ein dicker Lappen darum gemischt worden und beim Spiel war der Lappen abgegangen. Nun sollte Mutter einen neuen drumwickeln.

Wer wo. Es war nichts mehr zu sehen. Weh tat's auch nicht mehr. Also weinte Erika eine Stunde, weil sie nicht mehr wußte, wo sie ihr Wehwehchen hatte. Ein andermal hatte Papa der Klein-Erika ein Spazierstöckchen gekauft. Stolz tappte sie damit neben Papa her. Auf einmal weint Klein-Erika. Warum weint das Kindchen denn? fragt der Papa.

Ich will auch Dreck an meinem Stock haben, wie die anderen Dutzend.

Zu einem richtigen Stocken gehört eben Dreck, wie zum Mantel, daß er gerollt ist. Klein-Erika hatte das schon begriffen, bloß der dumme Papa, der weiß das nicht, der gibt seinem Kinde ein sauberes Stöckchen.

Das sind so Sorgen, die das kleine Köpfchen schwer machen. Und was man auch tut, man kann nichts dagegen tun. Ich glaube, einen bestimmten Sorgenpaß bekommt der Mensch mit und insoweit man ihm auch fürträumt, er erfindet sich schon neue Sorgen und wenn er keine findet, weint er darüber, weil er keine Sorgen hat. Wie Klein-Erika, die uns einmal eine Stunde lang was vorgeheult hat, weil die Tränen nicht kullern wollten.

Dr. H. Weitzel: Vom Mausoleum zur Tram

Seltene Launen des Sprachgebrauchs

Als im 4. Jahrhundert v. Chr. Artemisia, die Witwe des Königs Mausolus von Halikarnass in Kleinasien, ihrem Gemahl ein prachtvolles, 44 Meter hohes Grabmal errichten ließ, ohne sie nicht, daß sein Name durch dieses „Mausoleum“ unsterblich werden sollte. Ebenso hat sich der Herzog Johann I. von Brandenburg (gestorben 1294) wohl kaum träumen lassen, daß er einmal als „Gambetrinus“, als „Biergotz“ fortleben würde, von dem die Götterwelt des Altertums ja gar nichts gewußt hat. Was für eine Laune der Sprache hat hier ihr Spiel getrieben? — Johann I. hatte den Brautvater Bauern bedeutende Privilegien verliehen, war deshalb Ehrenmitglied der Brüsseler Bräuzunft und bald fagenhafter Schutzpatron, schließlich der angehende Erfinder des Bieres geworden. Aus keinem latinisierten Namen Jan primus — Johann der Erste wurde Jamprius (so bei Hans Sachs) und endlich Gambetrinus.

Die Launen des Sprachgebrauchs sind in der Tat unberechenbar! Es braucht nur ein einfacher Lübecker Buchdrucker wie Johann Ballhorn (gestorben 1599), ein preußischer Kriegskommissar und Hofrat wie Kramser oder ein französischer Leinwandweber wie Baptiste Chambray zu sein. Ballhorn gab mehrere Neuauflagen von Büchern, u. a. das Lübecker Stadtrecht heraus, und zwar angehängt in verbesserter, in Wirklichkeit in verächtlicher, ja fehlerhafter Form; daher unter „verballhornen“. Kramser erhielt durch königliche Kabinettsorder die Erlaubnis, Bogen zum öffentlichen Gebrauche zu stellen, die auf eisernen Achsen laufen und auf Federn ruhen sollten; so standen am 20. Mai 1825 am Brandenburger Tor die ersten „Kramser“ zu Gesellschaftsausflügen ins Freie. Auf Baptiste Chambray schließlich, der im 13. Jahrhundert die Leinwandweberlei in Flandern sehr in Aufnahme brachte, geht unser „Battist“ zurück. Wünder greift die Sprache in ein rein lokales Ereignis hinein und hält den Namen eines Betsüchtigen in irgendeiner Form für alle Zeiten fest. Dafür ist der irische Kapitän James Boycott ein Beispiel, der sich 1880 als Outsoerwecker in Irland derartig verhaßt gemacht hatte, daß die Landliga ihn in Berruf erklärte und allen gesellschaftlichen und geschäftlichen Verkehr mit ihm abbrach. Der „Boycott“ gehört seitdem zum Wortbestand fast aller europäischen Sprachen.

die sie gelegentlich in — Also französischer Unterdrückung ihrer Gastgeber amminant und unvollkommenen absolviert. Ich habe seit Jahr und Tag die Ehre gehabt, eine Deutschlandtournee in Port und Schrift mit ihren maßgeblichen Faktoren zu diskutieren, und alle zuständigen Stellen Frankreichs sind dafür längst gewonnen.

Seit Palma, im Jahre 1808, in Erfurt vor einem „Portet“ von Königen“ Corneilles „Anna“ spielte, haben nur 1813 nach in Dresden und 1938 in Köln derartige Gastspiele stattgefunden, denn für Einzeltourneen ihrer Mitglieder und Mißbrauch ihres Namens darf man die „Maison de Molière“ nicht verantwortlich machen. Es scheint mir aber kaum in Frage zu stehen, daß ein Ensemble-gastspiel der ersten Nationalbühne Frankreichs in Deutschland gerade heute von außerordentlichem Werte sein könnte und daß ein Austausch mit einer entsprechenden deutschen Truppe entscheidend dazu beitragen würde, die falschen Vorstellungen zu zerstreuen, die in Deutschland von französischen und in Frankreich von deutscher Bühnenkunst gezeugt werden. Wenn heute die „Comédie“ im Berliner Schillertheater und ein deutsches Staatsensemble im entsprechenden Pariser „Odeon“ gastieren könnte, und wenn die „Comédie“ dazu einen Spielplan aufstellen wollte, der — statt Corneille, Molière und Hugo — Racine, Molière, Portier-Riche, Ragnal, Laford, Cocteau etwa umfaßt und nicht durch ihre „mächtigsten“, sondern durch ihre besten Künstler interpretiert wird, so dürfte sie nach menschlichem Ermessen gewiß sein, daß auch Deutschland an ihrem Jubiläum freudigen Anteil nähme und der Bedeutung Rechnung tragen lernte, die Tradition und heutige Leistung ihr im Rahmen des internationalen Bühnenlebens verteidigen.

Besonderes Glück hat der französische Marschall Rief

habt, der im Krimkriege Leiter des Ingenieurwesens vor Sebastopol, seit 1867 Kriegsminister war: sein Name ist in der bekannten Rosenart sogar mit seinem Titel erhalten geblieben. Bei der Kamelie, der Hortensie oder der Reinekeude tappt man dagegen schon mehr im Dunkeln, und so manche andere Bezeichnung, die den Namen des Entdeckers unleslich machen sollte, ist heute überhaupt verschollen, da der Sprachgebrauch sie nicht übernommen hat. Die „Kamelie“ ist nach dem aus Brunn gebürtigen Jesuiten Joseph Kamel benannt, der die Pflanze 1738 aus Japan mitbrachte, während in der „Hortensie“, die der Franzose Philibert Commerlon 1767 ebenfalls aus Japan einführte, entweder der Name einer Begleiterin auf seiner Forschungsreise, Hortensie Barré, oder der der französischen Astronomin Hortensie Lepaute fortlebt. Die „Königin Claudia“ dagegen, die der „Reineclaudé“ den Namen gegeben hat, lebte bereits im 16. Jahrhundert: sie war die Gemahlin Franz I. von Frankreich; die Bezeichnung für die von ihr bevorzugte Pflanzengattung erhielt sich übrigens trotz der französischen Revolution, die daraus „Bürgerin Claudia“ (Citoyenne claudé) machte.

„Begraben ist in ewige Nacht der Erfinder großer Name zu oft“ — Lapfend hat nicht so unrecht! Wer weiß heute noch, daß der französische Baumeister François Mansard im 17. Jahrhundert die vorzüglichen Dachstübchenfenster, die „Mansarden“ in Aufnahme brachte, daß das „Rikotin“ nach dem französischen Arzt Jean Rivot benannt ist, der 1860 den Tabak in Frankreich einführte, daß unsere „Draisinen“ 1817 von Karl von Drais in Mannheim erfinden wurden, und die im Weltkrieg vertriebenen „Lants“ auf den Namen ihres Erfinders, des englischen Ingenieurs Tom Lant Bural zurückgehen? Ganz besonderes Pech hat allerdings der Erbauer der ersten Werdbahnen in England gehabt: von seinem Familiennamen Cairn hat die Sprache nur die letzte Silbe übernommen und hat ihn im englischen tramway und in unserer „Trambahn“ unsterblich gemacht.

Felix Linke: Der Sandmann kommt

Wenn nach vollbrachtem Tagewerk die Glieder müde und schwer werden, fangen wir an, uns in den Augen zu reiben. „Der Sandmann kommt!“ sagen dann die Mütter zu den Kindern, die noch immer nicht ins Bett wollen. Und wir selber spüren es deutlich, daß unsere Augen trocken und mit feinen Staubkörnchen erfüllt sind. Woher kommt das?

Daß wir Sand in den Augen haben, fühlen wir. Woher er kommt, ist leicht einzusehen. Die Augenlinse ist wie alle anderen Körperteile immerwährend der Umwelt ausgesetzt. Und da eine leichte Feuchtigkeitsfalle sie überzieht, bleiben an ihr zahllose Staubteilchen und Fasern hängen, die dem Augensinn von Zeit zu Zeit Veranlassung geben, über die Augenlinse weg, und die feinen Staubteilchen herunterzuwaschen. Die Tränenröhren des Auges sorgen dafür, daß diese feinen Fremdkörper in die Ecke gewischt werden, wo sie sich anammeln. Wenn wir nun ermüden, werden alle Organistigkeiten und Lebensfunktionen stark herabgesetzt. Am wenigsten ist das merktlich bei der Atmung, die im Schlaf fast ungemindert anhält. Aber der Gesamtstoffwechsel, besonders der Stoffwechsel, wird stark eingeschränkt; die Ausscheidung von Kohlenstoff wird viel geringer, während namentlich das Gehirn zum Neuaufbau der in der Lebensfähigkeit stark verbrauchten Hirnzellen viel Sauerstoff verbraucht. Der Blutkreislauf wird verlangsamt, nur das Gehirn erhält einen Blutüberschuß. Alle Drüsen vermindern ihre Tätigkeit und die Tränenröhren stellen sie während des Schlafes ganz ein. Die allmähliche Ueberlastung vom frischen Bodenzustand zum Schlaf, die sich in der Ermüdung kundgibt, vollzieht auch die geschädigten Veränderungen allmählich, und deshalb merken wir, daß die Augenlider trocken werden, daß der Sandmann kommt. Reiben wir des Morgens die Augen, so finden wir den Staub zu kleinen Körnchen zusammengeballt in unseren Augenwinkel. Das sind die Ursachen für das Rätseln vom Sandmann.

Wie übrigens die Tränenröhren, so stellen auch die Speicheldrüsen im Schlaf ihre Tätigkeit ein. Dadurch entsteht auch ein Gefühl der Trockenheit im Munde, das mitunter im Schlaf fühlbar wird und zu Schmeckbewegungen des Mundes und der Zunge führt. Nicht selten haben wir in solchen Fällen dann Träume, die sich auf diese Dinge beziehen. So gaukelte sich im Traum mancher arme Teufel loslos das Traugbild vor, daß er sich an schönen Dingen einmal gehörig satt isst.

Woher stammt die Gurke?

Weder Ägypter noch Griechen kannten diese Gartenfrucht. Sie kam jedenfalls aus dem Osten, wahrscheinlich aus Indien, wo die Gurkenkultur mit einem leidenschaftlichen Eifer betrieben wurde. Ueber die Gründe des Nils erstreckt sich bald weite Gurkenfelder, und in Griechenland baute ein bei Corinth gelegenes Städtchen die Frucht mit solcher Ausdauer, daß es „Gurkenstadt“ (Sylion) genannt wurde. Dann übernahmen die Römer den Anbau der überkommenen Frucht. Kaiser Tiberius ließ sie „in jahrbaren, mit Marienglas gedeckten Beeten“ ziehen. Die germanischen Stämme scheinen unter Karl dem Großen mit der Gurke bekannt geworden zu sein, am längsten blieb sie aber den Engländern unbekannt. Noch vor zwei Jahrhunderten verabschiedete man sie und hielt sie für Gift. Dafür ist John Bull heute ein so energischer Verehrer der Gurke und haßt sie in ungeheuren Mengen an.

Thüringen vor dem Reichstag.

Das System Fried. — Maifeier und Rundfunk. — Kultur und Sport.

In der am Dienstagmorgen fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums im Reichstag sprach zunächst Abg. D. Mumm (Chr.-Nat. Arb.-Gem.): Die Sozialdemokratie, die gegen § 218 kämpft, kann nicht gegen den Kultur Bolschewismus kämpfen. Die Einführung von Schulgebieten in Thüringen ist an sich erfreulich; leider ist aber der Kirche nicht der genügende Einfluß dabei gegeben worden. (Abg. Fried: Sie ist gehört worden!) Das genügt nicht, die Kirche müßte die Texte vorschlagen. (Abg. Fried: Das erste Gebet ist aus der Kirchenammlung.) Segen das erste und letzte Gebet habe ich nicht einzuwenden, und auch der Reichsinnenminister nicht. (Reichsinnenminister Wirth bestätigt das.) Man kann auch für die Befreiung des Vaterlandes beten. (Minister Dr. Wirth: Sehr richtig!) Aber man darf nicht im Gebet Gott irdischen Werten gleichstellen. Die christliche Religion wird sich nie für irdische Ziele einsetzen. (Widerspruch und Heiterkeit links.) Der Redner fordert das Reichsschulgesetz unter weitgehender Berücksichtigung des Elternrechts und begründet eine Entschärfung gegen das Ueberhandnehmen der Prostitution und für das

Verbot der Abgabe von Schutz- und Verhütungsmitteln durch Automaten.

louis eine zweite Entschärfung für die Schaffung eines Reichsbüchereigesetzes. Das Gesetz gegen Schmutz und Schund hat bisher nur spärlich gewirkt. (Widerspruch links.)

Abg. Dr. Leicht (Bayern, Sp.): Abg. Spahn hat sich hauptsächlich mit dem Philosophieren abgegeben. Notwendiger ist aber, daß das Reich leben kann. Der Innenminister sollte sich nicht zu einem übersteigerten Tempo der Reichsvereinheitlichung verleiten lassen. Der Föderalismus ist keine Gefahr für das Reich; Gefahren sind eher die unitarischen Vorschläge der Abgeordneten v. Kardorff und Söllmann. Wir lehnen das Hineinregieren in kirchliche Angelegenheiten ab. Die Wendungen gegenüber bestimmten Volksteilen, die als Staatsbürger ihre Pflicht tun, in den thüringischen Schulgebieten können wir nicht billigen. (Zuruf von den Nat.-Soz.: Das sind keine Deutschen!) Christliches Gebot ist es, alle Menschen zu lieben. (Zuruf der Nat.-Soz.: Nur nicht die Nationalsozialisten!) — Verb. Heiterkeit. Ich liebe die Nationalsozialisten genau so wie die Juden. (Große Heiterkeit. — Ruf der Nat.-Soz.: Seit wann sind Sie ein solcher Antisemit?) Ein Uniformverbot müßte allgemein erlassen werden. Statt einer Reform des Wahlrechts sollte man besser einen

gesetzlichen Schutz der Wahlversammlungen

einführen. Wenn Herr Söllmann aus den Meinungsverschiedenheiten im Christentum dessen Widerlegung schließt, so würde der Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten die Lehren von Marx widerlegen. (Heiterkeit.) Herr Spahn sagte, in seiner Partei bestünde nur eine Kräfte wie ein leichtes Wellengetöse. Ja, wenn dabei schon zwanzig Mann über Bord gehen, was wird dann erst bei einem richtigen Wellenschlag? (Große Heiterkeit.) Herrn Jugenbergs hat man allerdings bis jetzt besondere Navigationskünste nicht nachgelobt. (Heiterkeit.) Die Entschärfung des Ausschusses auf Bestämpfung des Kultur Bolschewismus muß jeder unterliegen, der für christliche Sitten und Kultur ist. Wir meinen auch, daß die Schule in erster Reihe lesen, Schreiben, Rechnen lehren soll (Rufe der Komm.: Und Beten!) — auch Beten —, aber nicht unorthographische Briefe schreiben und Zeichnungen machen, für die ich als Bub Schläge gekriegt hätte, die man jetzt aber in der Welterbeilage der „Völkischen Zeitung“ abdruckt. Wir erwarten vom Minister, daß er den Kultur Bolschewismus bekämpft. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Käy (Dem.) erklärt die neuen thüringischen Schulgebete für eine Kulturwidrigkeit und ersucht Fried, als Ehrenmann und Beamter zu erklären, wie er zugleich Todfeind der Republik und ihr Verteidiger sein kann. Die noch bestehende Rechtszerpflüchtung im Reich muß endlich beseitigt werden. Hätte Salubowitz ein paar Kilometer weiter weg gelebt, so wäre er — vom anderen Rednerburg oder von Preußen — nicht hingerichtet worden. Zum Schluß tritt der Redner für den Verein für das Deutschtum im Ausland ein, der jede Parteilichkeit streng vermeidet.

Fried redet.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) ruft schon mit seinem ersten Worte Erregung hervor. Er fängt nämlich so an: Der Streit zwischen dem Reich und Thüringen hat unter den beiden letzten verstorbenen Reichsinnenministern, auch Verzeihung, der eine ist ja noch hier, grösste Formen angenommen. Fried spricht dann über das Vorgehen Seeringers und die Einstellung der Polizeizuschüsse; dabei fragt er, was man dazu sagen würde, wenn den thüringischen Ministern unterlagt würde, Steuergelder an die Reichskasse abzuführen. (Große Heiterkeit links und Rufe: Versuchen Sie es nur!)

Wir könnten auch daran denken, an Stelle der hauptamtlichen Polizei eine ehrenamtliche Rotpolizei einzuführen.

Das wäre der Linken vielleicht noch unangenehmer. Das Verbot der Vereinerung Adler und Falke habe ich sofort aufgehoben, weil sie nicht parteipolitisch ist und nationale Ziele verfolgt. Deswegen richtete Seering ein Schreiben an die thüringische Regierung, die darin einmütig einen unzulässigen Eingriff in Landes herrliche Rechte sah. (Stürmische Heiterkeit.) Ganz kollegial habe ich gesagt, Seering könne lange warten, bis er eine Antwort darauf bekomme. Darüber geriet Seering ganz aus dem Häuschen und ordnete eine Bestrafung Thüringens an. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre ja im Zeichen der Beschäftigungsverordnung erträglich gewesen. Die Sperrung der Reichszuschüsse für kulturelle Zwecke war auch nicht so ernst, denn dieses Geld hatten wir schon längst bekommen. (Heiterkeit.) Minister Wirth hat sich bemüht, wenigstens einigermaßen objektiv die Dinge zu prüfen. Seering hätte gar kein Material, um zu beweisen, daß die Polizei nationalsozialistisch verfeuert wäre. Davon hat sich Wirth in seiner Unterredung mit dem thüringischen Minister Baum überzeugen lassen. Staatssekretär Jueliger machte uns seinen freundschaftlichen Besuch und überzeugte sich, daß in Thüringen alles in bester Ordnung und gar kein Grund zu irgendwelchen Maßnahmen war. (Heiterkeit links.) Die Sperre der Polizeizuschüsse wurde aufgehoben. (Dr. Wirth: Sie haben aber eine wichtige Etappe ausgelassen!) Auf Wunsch der Entente hatte die Reichsregierung angeordnet, daß die Polizei in den größeren Städten Thüringens verstaatlicht werde.

Die leitenden Posten habe ich nicht, wie es in Preußen geschieht, auf Grund des Parteibuchs und der Verdienste um die Partei befehlt, sondern auf Grund ordnungsgemäßer Prüfungen und nachgewiesener Qualifikation.

(Zuruf von den Soz.: Ihren Befähigungsnachweis mußten Sie haben.) Reim, den allgemeinen Befähigungsnachweis. (Zuruf der Nat.-Soz.: Bemüht euch doch darum, aber ihr seid ja zu dämlich dazu.) Der eine dieser Beamten ist, als er schon im Parteistand war, Nationalsozialist geworden, und dadurch soll bewiesen sein, daß die ganze Thüringer Polizei nationalsozialistisch ist. Das steht mit der Reichsverfassung in schärfstem Widerspruch. Man behauptet immer wieder, wir wollten die Reichsverfassung gewaltsam stürzen. Glauben Sie doch nicht, daß wir einer solchen

Dummheit fähig sind. (Zuruf der Soz.: Ihr habt es schon einmal gemacht!) Das waren andere Zeiten! (Große Heiterkeit.)

Sie sagen, ich sei ein Putschist und Hochverräter (leb. Zustimmung links), weil ich an der nationalen Erhebung in München 1923 beteiligt war. (Rufe links: Gdbruch!)

Jene Erhebung war nichts anderes als die Reaktion auf das größte Verbrechen der Weltgeschichte, auf den Landeserrat vom November 1918. (Stürmische Rufe links.) Von der Anklage der Eidesverletzung hat mich das oberste Disziplinargericht in München freigesprochen. Das heutige System erledigt sich ganz von selbst, Sie sind bald am Ende. (Rufe der Nat.-Soz.: Sachsenwahl!)

Sie wollen die Nationalsozialisten verfassungswidrig als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln. Als Gehilfe der Beschäftigung meiner Parteigenossen in den Werkstätten der Reichswehr und der Reichsmarine verbot, habe ich dem Reichsinnenminister v. Keudell schriftlich erklärt, daß wir keinen gewaltsamen Umsturz wollen. Keudell hat darauf die Zurücknahme des Verbots veranlaßt. Seering hat es wieder eingeführt, es besteht heute noch, und darauf stützt sich Wirth, indem er sagt, wenn bei der Reichswehr keine Nationalsozialisten beschäftigt werden dürfen, dann auch nicht bei der Polizei. Wir haben deshalb den Staatsgerichtshof angerufen.

Der unpolitische Charakter der thüringischen Polizei ist in keiner Weise beeinträchtigt. Ich habe die neuen Polizeibefehle ausdrücklich verpflichtet, ihr Amt unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen zu führen. (Gelächter links.)

Es ist doch lächerlich, wenn kein Polizeibeamter Nationalsozialist sein darf, wohl aber der oberste Chef der Thüringer Polizei. Wollen Sie uns unter Ausnahmerecht stellen, dann müssen Sie zunächst dafür sorgen, daß ich als Innenminister entfernt werde. (Verb. Zustimmung links.) Wie wollen Sie das mit der Verfassung vereinbaren? (Abg. Feder wird wegen dauernder beschimpfender Jurrie aus dem Saal gemiessen und geht mit Russokni-Geste ab. — Abg. Graf Reventlow erhält einen Ordnungsruf, weil er dem Präsidenten parteiische Gefühlsführung vorwirft.)

Ein Gutachten des thüringischen Oberverwaltungsgerichts erklärt, daß das Reich auf Grund der Vereinbarungen verpflichtet ist, den Zuschuß weiterzuzahlen.

Der Staatsgerichtshof wird ja, wenn es noch Richter in Leipzig gibt, ebenso urteilen. (Abg. Dr. Rosenfeld [Soz.]: Ihr Verbot der „Eisenacher Volkszeitung“ ist ja schon aufgehoben!)

Sie haben ja einen Artikel gegen das Republiksschutzgesetz geschrieben und dabei auch die Möglichkeit seiner Anwendung durch Nationalsozialisten betont. (Abg. Dr. Goebbels: Was unterhältst du dich noch mit dem Juden, was will denn der Jude da? — Goebbels wird hinausgewiesen und geht ab.)

Fried sucht dann die Empfehlung der bekannten Schulgebete zu entschuldigen; ein Zwang werde nicht ausgeübt, die Gebete enthalten keinerlei Heße gegen Ari- und Volkstrennde, worunter wiederum keineswegs die Juden zu verstehen seien, wenn sich aber jemand durch die Worte von Verrat und Betrug getroffen fühle, dann könne ihm nicht geholfen werden. Unleugbar sei doch z. B. der Riesenbetrug von 1918 durch Wilson, auf den das deutsche Volk herein gefallen sei. (Da die Linke diese Ausreden gebührend aufnimmt, schreit Fried ihr zu):

Daß die Sozialdemokraten Volkserrat und Landeserrat im November 1918 im höchsten Grade getrieben habe, darüber sind wir uns doch alle einig.

(Sangandauernde stürmische Empörungsrufe links, der Präsident kann mehrere Minuten lang sich nicht verständlich machen, schließlich ruft er Fried zur Ordnung.) Statt die Verfassung gegen uns zu mißbrauchen, sollte der Reichsinnenminister lieber gegen die schamlose Abtreibungspropaganda im Wassertopf Berlin auftreten. Wir sind gegen die Discator-Aufführungen von § 218 vorgegangen. Ich habe die Verfassung beschworen, ich habe aber nicht geschworen, Berliner Regierungspolitik zu machen. Im grünen Herzen Deutschlands, in Thüringen, werde ich unsere Politik weiter verfolgen bis zu dem Ende, an dem ich das Tor zur deutschen Freiheit offen stehen sehe. (Beifall der Nat.-Soz. — Lärm und Gelächter links.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth:

Das Gespräch mit Herrn Staatsminister Baum ist nicht so verlaufen, wie Herr Fried es dargestellt hat. Minister Baum hat sich in sehr scharfer Form von der Art Ihrer Antwort an Herrn Seering abgegrenzt. (Hört, hört.) Vielleicht ist es so, daß in Thüringen ein Minister nicht liest, was der andere in der Dessenheit spricht. Herr Fried hat ausgeführt, daß es falsch sei, die Gebete in Zusammenhang zu bringen mit der von ihm gegebenen ministeriellen Empfehlung und für sich betrachtet werden müßten. Das ist für den Lehrer in den thüringischen Schulen, der den Sinn dieser Gebete den Kindern erklären soll, unmöglich. Sinn und Bedeutung dieser Gebete kann den Kindern nur in dem beanstandeten Sinne klargestellt werden. Bei den beanstandeten Gebeten, wo vom Verrat die Rede ist, welche Deutung soll der Lehrer dieser Stelle geben? (Zuruf der Nat.-Soz.: Der Roemerbererat!) Wer es mit seinen Kindern ehrlich meint, muß auch Verfassungsdeträter verdammten. (Zuruf des Abg. Dr. Spahn [Dnat.]: Das Zentrum und die katholische Kirche haben doch ihre Indifferenz in bezug auf die Staatsform ausdrücklich festgesetzt, will der Minister sich auf eine bestimmte Staatsform festlegen?) Unser Volk hat allen Anlaß, an der heutigen Staatsform festzuhalten.

In Deutschland konnte ein Mann, der wegen des Verbrechens der Beihilfe zum Hoch- und Landeserrat zu einem Jahr fünf Monaten Festung verurteilt wurde, Minister in Thüringen werden.

Wenn man die Gebete isoliert betrachten soll, so soll das thüringische Kind offenbar auch zu Gott um die Bestrafung des thüringischen Innenministers beten. (Heiterkeit und Zustimmung.) Minister Fried erklärt, daß sich sein Kampf u. a. auch mit diesen Gebeten gegen ar- und volkstrennde Kräfte richte. Im Protokoll des thüringischen Landtags ist festgehalten, daß der Minister sich für die liturgische und religiöse Erziehung Deutschlands einsetze, womit ich übereinstimme. Weiter enthält das Protokoll aber seine Erklärung, daß man die ar- und volkstrennden Kräfte schon genügend habe beobachtet können, und er rechne zu diesen Kräften auch die Juden.

Ich widerspreche aufs schärfste dieser Verächtlichmachung des deutschen Judentums am der Ehre der deutschen Judentum willen!

(Heiterkeit rechts, Beifall links und in der Mitte.) Niemand hat das Recht, irgendeinen Volksteil als minderwertig und schädlich zu bezeichnen, ohne einen Beweis für seine Anklage zu erbringen. Ich habe katholische und evangelische ideologische Sachverständige über die Gebete von Herrn Fried urteilen lassen. Besonders der verstarbene Prof. v. Harnack hat sein Entsetzen über den ideologischen Gehalt der Gebete ausgesprochen. Der Minister verliest Teile eines Gutachtens eines evangelischen Theologen, daß die Moral

in den thüringischen Gebeten der alttestamentarischen Nachdrehung von Jehova entspreche. (Heiterkeit.) Diese Moral ist unchristlich. Mein Vorgehen gegen das Eindringen von Nationalsozialisten in den Staatsapparat stützt sich keineswegs auf den Erlaß des Reichswehrministers. Nach den Ermittlungen des Reichswehrministers mußte ich mich um die nationalsozialistischen Zerlegungszellen im Beamtenapparat kümmern. Der Minister verliest den bekannten Artikel des „Völkischen Beobachters“ gegen den Reichspräsidenten unter wiederholten Zurufen der Regierungsparteien. Die Nationalsozialisten untergraben die Staatsautorität, obgleich sie vorgeben, den Führergebanten zu fördern. Eine Reichsregierung kann nicht noch die Propagandagelder und die Mittel zur Zerlegung der Polizei hergeben. Das widerspricht meiner beschworenen Pflicht. Der Minister verliest ein Hafentruerflugblatt mit dem Aufruf zu einer deutschen Revolution. (Abg. Dr. Fried: Es gibt doch auch eine geistige Revolution. — Heiterkeit.) Die unbedingte Zuverlässigkeit der thüringischen Polizei wird durch Sie, Herr Fried, nicht gewährleistet, und ich denke nicht daran, Ihnen Geld zu geben, ohne daß die Voraussetzungen des übrigens nicht einklagbaren Staatsvertrages zwischen Reich und Ländern über die Polizei erfüllt werden. Der Staatsgerichtshof nimmt keinem Minister und keiner Regierung die politische Verantwortung ab. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Frölich-Thüringen (Soz.):

Die Rede von Fried ist eine einzige Provokation der Republik und der Sozialdemokratie. Es steht fest, daß die Schulgebete in Thüringen schon zur Anwendung kommen, und das auch konfessionslose Kinder dazu gezwungen werden. Fried sollte nicht vom Novembererrat sprechen, denn er ist während des ganzen Krieges in der Heimat geblieben, während Männer, die er Vaterlandsverräter nennt, sich freiwillig gestellt haben. Ist das der deutsche Wehrwille, den Herr Fried harten will? Es steht beinahe so aus, als ob der ganze thüringische Landtag aus Nationalsozialisten bestände. Sie haben aber nur 6 Abgeordnete, während ein Drittel des thüringischen Landtags aus Sozialdemokraten besteht. Es ist

das Verdienst der Deutschen Volkspartei, den Nationalsozialisten ein Ministerium verschafft zu haben.

Hilfer hat vor der thüringer Wahl erklärt, daß der Bürgerkrieg komme, und daß Thüringen die erste Republikation sei, die die Nationalsozialisten erobern. Herr Fried hat nicht den Mut, zu diesen Worten zu stehen. Hilfer hat Herrn Fried zum Minister bestimmt.

Das ist der Anfang des Faschismus, daß nicht mehr das Parlament die Minister ernannt, sondern der Faschistenführer.

Herr Fried sagt seinen Koalitionspartnern ganz offen, sie sollten aus der Regierung austreten, wenn seine Maßnahmen ihnen nicht paßten. Ich werde den Beweis führen, daß Fried die thüringische Verfassung trotz seiner Zusicherungen bereits mehrfach gebrochen hat. Hilfer hat erklärt, daß die Nationalsozialisten die Aufgabe der Verfassung nicht anerkennen. Jedes Mittel müsse von den Nationalsozialisten angewandt werden. Das Bekenntnis Fried's zur Verfassungstreue ist also ein bloßes Lippenbekenntnis. Herr Goebbels hat vor kurzem dieses ganze System als zum Verschwinden reif erklärt. Und

dieser Partei und ihrem Minister hat der bürgerliche Landtagspräsident noch den Einzug in das Ministerium dadurch erleichtert, daß er vom Landtagsgebäude die Reichsflagge verschwinden ließ.

nachdem Goebbels auch noch erklärt hatte, daß bald die Hafentruerflüge über Thüringen wehen würden. Fried hat von der Reichsoberfassung im Reichstag als von einem Stück Papier gesprochen; jetzt hat er es zu halten und zu schützen versprochen. Der Redner verliest noch einige Äußerungen Fried's aus dem Reichstag.

Der Hochverräter Fried ist nicht befangen, über Hoch- und Landeserrat abzurteilen. Die Sozialdemokratie ist stolz, das alle lebensunfähige System befehligt zu haben, während Fried gerichtlich die Costrelung von deutschen Landbestellen zu Gunsten Frankreichs begünstigt hat.

Er hat den Verbindungsmann des französischen Agenten Riebert, Fisch, mit Reichswehr und Freikorpsstellen in Verbindung gebracht. Der Privatdozent Dr. Ruge, der zu Fememorden aufgerufen hat und dieser Verbindung zum Bündnis herstellte, ist noch heute sein persönlicher Freund. Der „Geist von Weimar“ des Herrn Dr. Fried ist nicht der Geist unserer großen Kaiser, sondern der Geist jenes Herzogs von Weimar, der Napoleon zum Kampfe gegen Deutschland deutsche Truppen zur Verfügung stellte, um die Königskrone zu erlangen. Das Abtrüden des Abg. v. Kardorff von Herrn Fried ist erfreulich. Aber keine Freunde sind es, die den nationalsozialistischen Minister stützen. Der Aufruf des Reichspräsidenten ist in thüringischen Innen- und Volksbildungsministerium nicht angelehnt worden, dafür aber ein Aufruf Fried's gegen Seering, mit durchaus falschen Behauptungen.

1923 hat Reichsanwalt Stresemann mir gesagt, er könne nicht dulden, daß Kommunisten in der Thüringer Regierung sitzen und kommunistische Abgeordnete dauernd gegen die Reichsregierung hegen. Wir versuchten damals, mit den Kommunisten gemeinschaftlich zu regieren. Wir lehnten ein Vorgehen des Reiches ab, solange keine Gründe dazu vorhanden waren.

Auf Drängen aller bürgerlichen Parteien hat Stresemann Reichswehr nach Thüringen geschickt und dadurch die Verhältnisse in einer Weise geklärt, die nach unserer Meinung keineswegs nützlich war.

Als Fried gegen die Reichsverfassung verließ, war Seering berechtigt und verpflichtet, die thüringische Regierung zu befragen, ob sie mit der Aufhebung des Verbots jener Vereinigung einverstanden war, und ob es richtig sei, daß in der Polizei Hafentruerzellen errichtet werden. Statt einer Auskunft erklärte Fried in einer Verammlung: „Seering kann lange warten, ehe die Regierung antwortet.“ Ich verstehe durchaus, daß Seering aus Reinlichkeitsgründen sich nicht an Fried, sondern an die Regierung gewendet hat. (Zustimmung links.)

Lehstin hat ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei erklärt, wenn sie gewußt hätten, was Fried alles an Steu'n hat, dann hätten sie ihn nicht gewählt. Denken Sie daran, wie Fried hier den toten Stresemann beschimpft hat und aus dem Saal gewiesen werden mußte.

Aber der Kampf geht weiter. Ein Nationalsozialistisches Blatt überschreibt einen Artikel: „Lüpe, dein Name ist Deutsche Volkspartei!“ Hilfer erklärte im Saal: „Wenn ein Stresemann in die Nation hineintrifft, so kommen natürlich nur die Stresemann-Naturen gekauert.“ All das stört die Konstitution nicht, denn man ist ja der Meinung, daß die Nationalsozialisten der Volkspartei weitaus näher ständen als die Sozialdemokraten, was übrigens kein einnehmend für die Arbeiterpartei ist, als die sich die Hilfer-Leute ausgeben. (Sehr wahr! links.)

Im Gegenzug zum amtlichen Landtagsprotokoll versucht Fried hier abzuleugnen, daß er zugegeben hat, daß die Schulgebete sich gegen Juden und Sozialdemokraten richten. Er steht nie zu seinen

Eine neue und bessere Art, Wäsche zu spülen,



eine Methode, die von praktischen Hausfrauen entdeckt wurde.

Das Spülen der Wäsche hat den Zweck, die Wäsche von allen Seifenteilchen zu befreien, die sie während des Kochens in sich aufgenommen hat. Mangelhaft gespülte Wäsche neigt zum Vergilben und wird schnell unansehnlich. Deshalb spült die sorgfältige Hausfrau immer zuerst in gut warmem Wasser und danach so lange kalt, bis das Wasser klar bleibt.

Geben Sie dem ersten warmen Spülwasser 1 bis 2 Handvoll Henkel's Sil – kalt aufgelöst – bei. Sie werden erstaunt sein, um wieviel schneller, sorgsamer und gründlicher alle Rückstände der Waschlauge beseitigt sind und wie klar, blütenweiß und duftig schön eine silgespülte Wäsche ist.

Viele tausend Hausfrauen spülen heute schon zu ihrer größten Zufriedenheit mit Sil; auch Sie werden bald die Vorteile dieser wirklich praktischen Methode erkennen.

Sil spült und bleicht ganz unerreicht

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 18. 6.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 Teil-Ab. 8. u. 11. Uhr
 Jahres-Ab. - V. No. 159
 20 Uhr
Christoph Kolumbus
 Ende geg. 22 1/2 Uhr

Mittwoch, 18. 6.
Stadt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus III
 20 Uhr
Elektra
 Ende n. 21 1/2 Uhr

Staats-Oper
 in Platz der Republik
 Vorst. 106
 20 Uhr
Fledermaus
 Ende geg. 23 Uhr

Staatl. Schauspiel
 an Siedemannstr.
 St. 8. V. M. No. 8
 Jahres-Ab. - V. No. 144
 20 Uhr
Gustav Adolf
 Enden n. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg.
 20 Uhr
Scherz, Satire, Ironie und tiefer Bedeutung
 Ende nach 22 1/2 Uhr

SCALA
 Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 8 30. 9. 23.30
 Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf. - 3 M.

PLAZA
 Tägl. 5 u. 8 1/2
 Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2
 Alex. E. 4, 8066
 8 internationale Attraktionen

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
 8 1/2 U. A 4 Zentrum 926-927 8 1/2 U
 Direktion Ralph Arlbar 8 1/2 U
Mein Vetter Eduard
 Schwank in 3 Akten von Fred Robs

Direktion: Dr. Martin Zickel
Komische Oper
 Friedrichstr. 104
 Merkur 1401/4330.
 Täglich 8 1/2 Uhr
Liebe und Trompetenblasen
 Schulz/Westermeier/Finkler
 Janbeck/Haid/Behrlich

ROSE
 Theater
 Dr. Frankfurter Straße 132
 Blättchen: Alex 3422 u. 3494
 Täglich 8 1/2
Arm wie eine Kirchenmaus
 mit Traute, Paul und Will Rose.
 Beginn des Saisonprogramms
 auf der Gartebühne
 (täglich 8 u. Sonntags 8 u.)
9 große Varieténummern
 und
8 1/2 Lene, Lotte, Liese
 mit Dittus, Hektor, Kerstons,
 Pyramid, Kainach und
 Hans Rose.
 Kasse von 11 Uhr früh un-
 unterbrochen geöffnet.

Die Geburt eines gefundenen,
 kräftigen Jungen
Achim
 zeigen erkrankt an
Dentist Kurt Knobelsdorf
 und Frau, geb. Schockert.
 Berlin, zur Zeit Altmil Nestulo,
 Wügelburen Str. 63,
 den 15. Juni 1929.

Vom 18. Juni 1929 verstorben plötzlich
 und unerwartet unter heftiger Kolik
Max Scheibel
 im 34. Lebensjahr an Herzschwäche
 Wie letzter Wunsch der
Tiefdruckkollegen der Firma
Meisenbach, Ritterh & Co. A.-G.
 Olm.-Schönberg.

Barnowsky - Köhnen
 Theater in
 der Stresemannstr.
 8 1/2 Uhr
Napoleon erobert ein
 von Walter Rosenkranz
 Regie: Viktor Barnowsky
 Komödienhaus
 8 1/2 Uhr
Meine Schwester und ich
 Musik v. Ralph Benatzky

MAUSVATERLAND
 CAS
**Vergnügungs-
 Restaurant**
 JEDERMANN
 BETRIEB
 KEMPKINSKI

Reichshallen-Theater
 5 Uhr
**Das wundervolle
 Juni-Programm**
 der
Stettiner Sänger
 Tel.: Zentrum 11263
 Dönhoff-Breitl (Saal und Garten)
 Varieté - Konzert - Tanz

Berliner Uik-Trio
 Neukölln, Lehmannstr. 74/75, 1

Rennen zu Grunewald
 Mittwoch, den 18. Juni 1929
 nachmittags 3 1/2 Uhr

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz.
 8 1/2 Uhr
Julius Caesar
 Regie: Karl Heinz Martin

Staatl. Schiller-Th.
 8 Uhr
Scherz, Satire, Ironie u. tiefere Bedeutung

Deutsches Theater
 D 2 Waldedamm 5201
 8 Uhr
Phaea
 von Fritz v. Unruh.
 Regie: Max Reinhardt
 Musik: Friedrich Hollaender.
 Bühnenbild: Ernst Schütte.

Kammerspiele
 D 2 Waldedamm 5201
 Geschlossen.
Die Komödie
 11 Bismckl. 2414/7514
 8 1/2 Uhr
Wie werde ich reich und glücklich?
 Die Komödie in 11 Abteilungen
 von Felix Jandern.
 Musik von Rudi Schindler.
 Regie: Erik Engel
 Szenenbildführung:
 Ludwig Kauer

Metropol-Th.
 Täglich 8 1/2 Uhr
mit Dir allein auf einer einsamen Insel
 Michael Bohnen
Wo spielt man gut und billig?
Gross-Berlin
 Alexanderplatz

Lessing-Theater
 Waldedamm 2797 a. 3041
 Täglich 8 1/2 Uhr
Der Faun
 von E. v. Laubach.
 Karl Brandt, Harry Hahn,
 Trude Fiamme, Rosa
 Gruditzky, Beate Wangel

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
 unter Kollegen, der Dreher
Alex Günther
 geb. 7. August 1858, am 15. Juni 1929
 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mit-
 woch, dem 18. Juni, nachm. 16 1/2 Uhr,
 am der Leichenhalle des Krematoriums
 Berlin, Gerickestraße, ausstatt.
 Regie-Beteiligung wird ermottet

Nachruf
 Am 34. Mai 1929 starb unter Kollegen,
 der Holzregler
Otto Köhler
 geb. 9. Mai 1858.
 Die Beerdigung hat bereits statt-
 gefunden.
 Ihre lieben Gedanken!
 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Buchbinder und
 Papierverarbeiter Deutschlands**
 Ortsverwaltung Berlin
Todesanzeige
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
 unter Kollegen, der Buchbinder
Edmund Bruckmann
 Spandau, Kreuzbörner Straße 37,
 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mit-
 woch, dem 18. Juni, nachm. 1 Uhr,
 am Krematorium Gerickestraße statt.
 Ihre lieben Gedanken!
 Regie-Beteiligung ermottet!
 Die Ortsverwaltung

1000.-M (eintausend Mark) in bar sowie die Krone für 1930

Für die
SOMMERKÖNIGIN
 1929
 sowie weitere 500 Mk in bar für die 5 Schönsten
Meldungen:
Donnerstag oder Freitag
 von 5 bis 10 Uhr abends
 zur Vorwahl durch die Jury
Sonnabend:
 von 5 bis 7 Uhr nachmittags
 zur Vorwahl durch die Jury
8 Uhr
 öffentliche Vorwahl durch Stimmzettel
 (Auswahl der 5 Schönsten für die engere Wahl)
Sonntag:
 Nachwahl der Sommerkönigin (durch Stimmzettel)
 und feierliche Proklamtion.

LUNA
 PARK

VICTORIA ZU BERLIN

ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-ACTIEN-GESELLSCHAFT

Bilanz für das Geschäftsjahr 1929

Aktiva	Reichsmark	Passiva	Reichsmark
Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital	1 500 000	Grundkapital	5 000 000
Grundbesitz	20 681 814	Gesetzlicher Reservefonds	1 200 000
Hypotheken	88 414 780	Prämienreserven und Ueberträge	137 181 849
Wertpapiere	23 620 689	Schadenreserven	2 906 087
Darlehen an Versicherte	13 013 779	Gewinnreserven	20 478 524
Beteiligungen an anderen Versicherungsunternehmungen	2 260 907	Verwaltungskostenrücklage	2 236 897
Guthaben bei Banken u. a.	10 076 890	Sonstige Reserven	37 113 679
Außenstände bei Agenten	11 207 999	Guthaben von Banken u. a.	6 925 252
Teilprämien, Illig 1930	17 211 265	Aufwahrungsreserve	156 736 173
Rückständige Zinsen und Mieten	3 530 603	Sonstiges	4 959 224
Bare Kasse und Postcheckguthaben	131 411	Ueberschuß	10 212 624
Aufwahrungsfonds	156 726 173		
Sonstiges	26 594 318		
	384 890 611		384 890 611

Aus dem Ueberschuß wurden den mit Gewinnanteil Versicherten der Lebensversicherungs-Abteilungen RM 9 462 271 zugewiesen; es beträgt die Dividende in der Abteilung der größeren Lebensversicherungen für die Versicherungen nach dem alten und dem im Gewinnplan 3 1/2% (gegen 3 1/2% und 3 1/2% in den Vorjahren) nach dem Gewinnplan B o. n. 2 1/2% (gegen 2 1/2% und 2 1/2% in den Vorjahren) von der bedingungsgemäßen Summe der gezahlten rewinberechtigten Prämien und in der Lebensversicherung ohne Untersuchung (O. U.) 28 1/2% der Jahresprämie (gegen 27% und 26% in den Vorjahren).

Jahres-Bericht der Bergwerks-Gesellschaft Georg von Giesecke's Erben 1929.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 1929 ist leider ein dauerndes Absinken des Aktienpreises zu verzeichnen. Während das Jahr 1928 nach einem Durchschnittspreis von 34.2 - Pfund Sterling ansetzte, sank der Preis für 1927 und 1928 Durchschnittspreis von 38.8 - Pfund Sterling und 25.5 - Pfund Sterling. In der ersten Hälfte des Jahres 1929 war der Preisrückgang 26.10 - Pfund Sterling. Seit dem Monat August begann der Preisrückgang, der vorübergehend ausgeglichen hatte, aber von neuem, und am Jahresende hatte er einen Tiefpunkt von 19.12 - Pfund Sterling erreicht. Diese Preisentwicklung hat allgemein in der Industrie überwiegt. Gleichwohl ist der Aktienpreis auch im neuen Jahre bis auf ein 18. - Pfund Sterling abgefallen. Nach Ablauf des Jahres rückte der Aktienpreis, das kein Preisrückgang bis Ende 1929 behauptet hatte, leicht diese Höhe für eine stabile Preisbildung.

nicht wieder gesehen zu sein. Werden die Ergebnisse der Bergwerks-Gesellschaft im Jahre 1929 nachfolgende sein: Kapitalausgaben werden von der weiteren Entwidlung des Aktienpreises abhängen; ohne eine wesentliche Besserung des Aktienpreises ist eine künftige Ausgabe unbedenklich.

Die im Betriebe befindlichen Bergwerke der Gesellschaft hatten folgende Betriebsergebnisse:

	1. Deutscher-Blei-Grube.	
	1. Förderung t naß	2. Verarbeitung t naß
Jahresgesamt	338 125	370 814
davon: Blei	277 029	352 419
Bleibende	35 780	4 101
Galmei	15 316	14 855
Zinn	—	10 835
Zinn	—	24 823

Im einzelnen war das Ergebnis folgendes:
 Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

3. Erzeugung der Aufbereitung t naß

	1928		1929	
	1928	1929	1928	1929
Jahresgesamt	145 846	169 795	7 864	11 770
davon: Blei	85 430	4 101	—	—
Bleibende	108 276	143 501	7 850	10 119
Zinn	—	13 496	—	1 451

Die Beteiligung an der Deutscher-Blei-Grube brachte diesmal 1 Proz. mehr; der Dividendenanteil der Gesellschaft wurde von 8 auf 9 Proz. erhöht. Das aus dem Ueberschuß der „Rauhe Glanzhütte“ A. G. an der Bergwerks-Gesellschaft verbleibende Kapitalvermögen wurde im Laufe des Jahres 1929 in Höhe von 100 000 Reichsmark an die Aktionäre in Form von Dividenden ausbezahlt. Diese Aktionäre sind im Laufe des Jahres 1929 in Höhe von 100 000 Reichsmark an die Aktionäre in Form von Dividenden ausbezahlt worden, nachdem die Vereinigte Glanzhütte A. G. in Oberfeld und die Heberlandische Glanzhütte (Genta) in Gruben in diese sich zusammengeschlossen hatten. Beide hat auch dieser Zusammenstoß den Kursverfall der Aktienpreise nicht aufhalten können; um so schädlicher war es, daß die erste Hälfte feinerzeit so vorteilhaften Kursen bewertet werden konnte.

4. Erzeugung der Sälganlage t trocken

	1928		1929	
	1928	1929	1928	1929
Jahresgesamt	5 828	6 104	484	153
davon: Sälg	1 004	11	—	—
Sälg	5 824	6 093	—	—

Die Produktion von Deutscher-Blei-Grube ist etwas gestiegen, was u. a. auf die Einrichtung des Flotationserfahrens zurückzuführen ist. Der Ertrag selbst wurde durch den Rückgang des Aktienpreises beeinträchtigt.

II. Gewinn-Grube.

Förderung 1929	Förderung 1928
900 402 t Steinschmelze	892 943 t Steinschmelze

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

Der Gewinn des Jahres 1929 beträgt einschließlich des Gewinnersatzes aus 1928 in Höhe von RM 240 174,25 RM 3 660 852,17. Aufschlagsweise sind an die Mitglieder im Laufe des Jahres 1929 gezahlt RM 505 670,00 (so daß verbleiben RM 3 155 182,17).

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

Nach § 10 des Statuts sind der Aufsichtsrat für Erneuerung und Erweiterung überwiegen worden RM 210 672,11.

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

1. als Restausbeute RM 240,- pro 1/1000 Anteil im ganzen RM 2 100 930,00 zu verteilen: RM 140,- zahlbar am 17. Juni 1930 RM 100,- zahlbar am 10. Juli 1930

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

2. Die 10 Proz. Kapitalertragsteuer auf die Mitgliedschaftsausbeute mit RM 276 258,30 zu übernehmen; RM 400 277,00

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

3. der Reserve RM 50 000,00

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

4. der Rückstellung für Feuerversicherung RM 241 108,76

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

5. auf neue Rechnung vorzutragen RM 1 175 321,17

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

RM 64 049 127,19

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

RM 64 049 127,19

Die Einnahmen aus der amerikanischen Beteiligung betragen wieder wie im Vorjahre die festungsgemäßen 7 Proz. aus den Vorauszahlungen. Das finanzielle Ergebnis der Giesecke's A. G. leidet in der gleichen Weise wie das der Bergwerks-Gesellschaft unter den sinkenden Aktienpreisen.

RM 64 049 127,19

Rechnungs-Abschluß am 31. Dezember 1929.

Aktiva	Reichsmark	Passiva	Reichsmark
I. Bewegliches Vermögen:		I. Einlagen:	
Kasse	14 188,40		
Guthaben		1. Einlagen:	
1. Bankguthaben	RM 12 905,37	a) Fremde Banken	29 852,74
a) Fremde Banken	12 905,37	b) Giesecke	—
b) Giesecke	2 896 430,81	2. Darlehensschulden	65 718,29
2. Warenlieferungen	1 769 302,54	3. Verbindlichkeiten	23 244 736,23
3. Verbindlichkeiten	12 145 589,57	4. Hypothekendarlehen	99 308,64
Wertebestand	1 102,25		
Wertpapiere	1 160 760,07	II. Rückstellungen:	
Hypotheken	606 634,75	Non-Ferrous-Reserve	6 276 000,—
Warenbestände	1 354 021,18	American-Reserve	—
Materialienbestände	1 546 618,45	bis 1915	20 053 200,—
Instrumentenbestände	1,—		
Vergütung	76 573,—	III. Reserve	
		Ueberschlagung aus dem Gewinn	1 132 651,53
II. Beteiligungen	63 304 419,22	Ueberschlagung aus dem Gewinn	400 277,—
		Ueberschlagung aus dem Gewinn	250 000,—
III. Umlagen	1,—	Rücklage f. Feuerversicherung	240 000,—
		Ueberschlagung aus dem Gewinn	50 000,—
		Rücklage für Erneuerung und Erweiterung	10 979 792,10
		Ueberschlagung aus dem Gewinn	210 672,11
		Ueberschlagung aus dem Gewinn	11 181 454,21
		Rückständige Ausgabe	—
		Restausbeute für 1929	1 903 920,—
		Einlagen	76 505,—
		Gewinn-Beitrag für 1929	244 108,76
		Reichsmark	64 049 127,19